

aufgrund 2017 eingereichter Strafanzeigen wegen unerlaubten Vergrabens und Exhumierung von Leichen (inhumación y exhumación ilegal).¹⁸²

Die von Jorge Zepeda geleiteten Ermittlungen waren lediglich erfolgreich, was die Aufklärung über die CD-Verbrechenskomplexe und die entsprechenden Tathintergründe betrifft. Dank der gerichtlichen Feststellungen kann heute der Charakter der CD als krimineller Organisation, die in Zusammenarbeit mit der chilenischen Diktatur schwerste Verbrechen beging, nicht mehr angezweifelt werden. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass Zepeda viele Tatvorwürfe nur oberflächlich oder exemplarisch ermittelte. Damit enttäuschte er die Hoffnung vieler Angehöriger von Opfern auf Wahrheit und Gerechtigkeit. In keinem einzigen Fall von Verschwindenlassen gelang es Zepeda, einen materiellen Täter zu identifizieren oder rechtskräftig festzustellen, dass die CD der »destino final«, also der Todesort der Verschwundenen war. Immerhin gelang es im Fall von Pedro Merino und Alvaro Vallejos durch die Urteile, zweifelsfrei festzustellen, dass diese in der CD festgehalten worden waren.

5.2 Parlamentarische Vorgänge in Chile

Seit den 1960er Jahren waren die Verbrechen der Colonia Dignidad auch Gegenstand parlamentarischer Vorgänge – in Chile ebenso wie in der Bundesrepublik. Vor allem in Chile, um das es nun gehen soll, war es dabei mehrfach sogar die CD selbst, die im Rahmen ihrer offensiven Verteidigungsstrategie die Initiative ergriff und sich an Abgeordnete oder parlamentarische Instanzen wandte. Im Folgenden beschreibe und analysiere ich die wichtigsten parlamentarischen Vorgänge im chilenischen Oberhaus, dem Senado (Senat) sowie dem Unterhaus, der Cámara de Diputados zwischen 1968 und 1999.

5.2.1 Aberkennung der Immunität von Héctor Taricco und Claudio Fuentes 1968

Durch die Fluchten von Wolfgang Müller (heute: Wolfgang Kneese) und Wilhelmine Lindemann aus der Siedlung im Jahr 1966 und die darauffolgenden Untersuchungen und gerichtlichen Verfahren war das Thema CD 1966 und 1967 in der chilenischen Öffentlichkeit sehr präsent. Die CD startete eine juristische (Gegen-)Offensive, um ihr Narrativ, es handle sich um eine von Missgunst und niederen Motiven getragene »Verleumdungskampagne«, zu befördern. Dazu gehörte die – schließlich erfolgreiche – Beantragung der Aberkennung der Immunität für zwei wichtige Vertreter von Regionalbehörden, die besonders energisch eine Untersuchung der CD vorangetragen hatten.

Am 9. Januar 1968 beantragte SBED-Präsident Hermann Schmidt bei der CA Chilán die Aberkennung der Immunität für den Intendenten der Provinz Linares, Héctor Taricco Salazar, und den Gouverneur von Parral, Claudio Fuentes Avello. Die SBED warf den beiden Politikern Amtsanmaßung, Unverhältnismäßigkeit und willkürliche Verhaftung von zwei Mitgliedern der SBED vor: Gerhard Mücke und Heinz Kuhn. Im August 1967 hatte Taricco angeordnet, eine von der CD bewachte Schranke auf einem Weg,

182 CA Santiago, AZ 683-2017.

der durch das CD-Gelände führt, zu entfernen.¹⁸³ 45 Landarbeiter_innen, die mit ihren Familien von Parral aus betrachtet hinter der CD wohnten und ein Wegerecht zur Durchquerung des CD-Geländes besaßen, hatten sich über willkürliche Ausweiskontrollen, lange Wartezeiten und die herablassende Behandlung durch die Wachposten der CD beschwert. Mücke und Kuhn erschienen im Büro von Gouverneur Fuentes, um sich über dessen unangekündigte Inspektion der CD am Vortag zu beschweren.¹⁸⁴ Sie lieferten sich ein Wortgefecht mit Fuentes, woraufhin dieser die beiden Colonos verhaften ließ.

Im Februar 1968 befasste sich der Verfassungsausschuss des chilenischen Senats mit dem Antrag auf Aberkennung der Immunität. Er empfahl einstimmig, die Immunität von Taricco und Fuentes nicht aufzuheben.¹⁸⁵ Ein Bericht des Ausschusses drückte sogar Sorge aus über gewisse Informationen über »den tatsächlichen Charakter, Ziele, Ausrichtung und Aktivitäten« der SBED, die in diesem Zusammenhang zu Tage getreten seien. Der Ausschuss empfahl eine Weiterleitung des Berichts an die Cámara de Diputados, die gegebenenfalls einen Untersuchungsausschuss einrichten sollte.¹⁸⁶

Trotz dieser einstimmigen Empfehlung des Ausschusses hob der chilenische Senat am 28. Februar 1968 in geheimer Sitzung die Immunität von Taricco und Fuentes auf.¹⁸⁷ Eine Ablehnung des SBED-Antrags hätte einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedurft, die nicht zustande kam. Gleichzeitig beschloss der Senat, sämtliche zusammengetragenen Erkenntnisse zur SBED an die Cámara de Diputados weiterzuleiten, um dort eine Untersuchung einzuleiten.

183 La Tercera de la Hora vom 06.08.1967, S. 2. »Incidentes en ›Dignidad‹ por retiro de la barrera«.

184 Beide kamen nach einem kurzen Aufenthalt im Gefängnis von Chillán wieder frei, nachdem CD-Anwalt Luis Ortíz Quiroga bei der CA Chillán einen Schutzantrag gestellt hatte, der positiv beschieden wurde. Vgl. Vea vom 17.08.1967, S. S12f. »Cada día más oscuro caso ›Dignidad‹« sowie El Diario Ilustrado vom 10.12.1967, S. 4. »Sobresesidos dos miembros de la Colonia ›Dignidad‹«.

185 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 61ª vom 27.02.1968, S. 2416-2436. Informe de la Comisión de Constitución, Legislación, Justicia y Reglamento, recaído en la petición de desafuero formulada por don Hermann Schmidt Georgi, en representación de la Sociedad Benefactora Y Educacional »Dignidad«, en contra del señor Intendente de Linares, don Héctor Taricco Salazar y del gobernador de Parral, don Claudio Fuentes Avello.

186 Ebd. Demnach hätten die Behörden über einen Großteil der Colonos keine Kontrolle. Auch eine Überprüfung der Einhaltung der Arbeits- und Sozialversicherungsgesetzgebung sei in der Vergangenheit nicht möglich gewesen. Mindestens ein Colono [Paul Schäfer] sei illegal eingereist und werde von Interpol gesucht. Das Landgut der CD sei nicht Eigentum der SBED, sondern gehöre den Einzelpersonen Hermann Schmidt und Rudolf Cöllén. Es sei unklar, wem die Überschüsse aus der Bewirtschaftung des Gutes zufielen. Der Vereinszweck sei laut Satzung die Hilfe für bedürftige chilenische Kinder und Jugendliche durch Errichtung eines Jugendheimes, einer Schule und Werkstätten. Dies sei anscheinend nicht geschehen. Trotzdem erhielt die SBED eine Zollbefreiung für ihre Einfuhren. Aus Deutschland sei – wenn auch nicht auf offiziellem Wege – zu hören, dass es sich bei der Privaten Sozialen Mission, der Mutterorganisation der SBED, um eine Sekte handle.

187 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 62ª vom 28.02.1968, S. 2471.

Die Rede des Senators Patricio Aylwin

Nach der Abstimmung ergriff der christdemokratische Senator (und spätere Präsident) Patricio Aylwin, in dessen Wahlkreis sich die CD befand, das Wort.¹⁸⁸ Seine Rede erscheint rückblickend besonders relevant, da sie bereits 1968 vieles von dem thematisierte, was noch Jahrzehnte später gegen die CD vorgebracht wurde. Der Jurist Aylwin berichtete von seinen Besuchen in der CD sowie von seinen Analysen der in Parral anhängigen Gerichtsverfahren. Er sehe zwar einige positive Aspekte, die auch von der CD und ihren Unterstützer_innen vorgebracht würden, wie etwa die Arbeit des Krankenhauses für die lokale Bevölkerung. Gleichzeitig gäbe es jedoch eine Reihe von Lügen und zumindest erklärungsbedürftigen Aspekten: »Hay mentiras comprobadas; hay situaciones irregulares; hay actitudes injustificadas«, so Aylwin.¹⁸⁹ So sei beispielsweise fraglich, ob die Gruppe nach Chile ausgewandert sei, um eine Strafverfolgung von Schäfer zu verhindern, gegen den in der Bundesrepublik wegen »homosexualidad con menores«¹⁹⁰ ermittelt werde. Satzungsgemäßes Ziel der SBED sei die wohltätige Arbeit für Kinder und Jugendliche, die durch das Erdbeben bei Valdivia 1960 ihre Eltern verloren hätten. Viele Jahre nach Aufnahme ihrer Arbeit habe die SBED jedoch vor allem Kinder und Jugendliche aus der Bundesrepublik nach Chile geholt und fast keine chilenischen Kinder aufgenommen. Auch seien Waisenheim, Schule und Werkstätten für chilenische Kinder nicht wie angekündigt errichtet worden. Dass die bundesdeutsche Botschaft sich für diese Fragen nicht interessiere, sei ebenfalls verdächtig, erklärte Aylwin:

»Estas incógnitas, no aclaradas hasta el momento por los dirigentes de ›Dignidad‹, son agravadas por la circunstancia más o menos notoria de que la Embajada de Alemania no demuestra ningún interés especial por esa colonia, lo que no deja de ser sospechoso.«¹⁹¹

Als gemeinnütziger Verein erhalte die SBED Zoll- und Steuervergünstigungen vom chilenischen Staat. Die Einnahmen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten kämen jedoch lediglich den Colonos zu Gute und würden eben nicht wohltätigen Zwecken zugeführt. Viele der Minderjährigen seien Kinder von Colonos. Wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Ziel, die eigenen Kinder zu ernähren, sei jedoch keine wohltätige Arbeit. Selbst der Mercedes von Paul Schäfer sei zollbefreit eingeführt worden. Der Grundbesitz sei nicht auf den Verein, sondern auf einzelne Mitglieder eingetragen.¹⁹² Unter den 235 Bewohner_innen

188 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 62ª vom 28.02.1968, S. 2505-2511. Investigación de actividades de la »Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad.« Aylwins Rede wurde vermutlich mithilfe seines Freundes Héctor Taricco verfasst. Aylwin greift auf zahlreiche Passagen einer Verteidigungsschrift zurück, die Taricco und Fuentes dem Kongressausschuss übergeben hatten. PJS, Sammlung CD. Informe al Senado de Hector Taricco Salazar y Claudio Fuentes Avello vom 14.02.1968.

189 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 62ª vom 28.02.1968, S. 2505-2511. Investigación de actividades de la »Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad«, hier S. 2506.

190 Ebd., S. 2507.

191 Ebd.

192 Konkret auf Hermann Schmidt und Rudolf Cölln.

der CD seien 228 deutsche Staatsangehörige. 95 Colonos seien minderjährig, doch nur sieben in Chile geborene Kinder besäßen die chilenische Staatsbürgerschaft. Aylwin fragte, warum der chilenische Staat einen Verein unterstützen sollte, der überwiegend ausländische Kinder nach Chile brächte, wo es doch genug chilenische Kinder gäbe, die in ärmlichen Verhältnissen lebten und hilfsbedürftig seien. Zudem sei es mysteriös, so der Senator, dass Colonos wie Wolfgang Müller und Wilhelmine Lindemann aus der CD geflohen seien, wenn diese doch ihren Mitgliedern angeblich Schutz biete. Die CD habe Müller nach seiner Flucht wegen Sodomie¹⁹³ angezeigt, er sei wegen Beleidigung verurteilt worden. Im Fall von Wilhelmine Lindemann sei ihr Ehemann binnen 48 Stunden aus der Bundesrepublik angereist, um sie mit zurück nach Deutschland zu nehmen, während ihre gemeinsamen Kinder in der CD geblieben seien. Nach Müllers Flucht sei der von Interpol gesuchte Paul Schäfer auf mysteriöse Weise verschwunden. Gleichzeitig gebe SBED-Präsident Hermann Schmidt in Gerichtsverfahren zu,¹⁹⁴ dass er Schäfer unter dem Namen Paul Schneider in der CD versteckt gehalten habe sowie auf Nachfragen der Botschaft dessen dortige Anwesenheit geleugnet habe. Einer Verfügung des Gerichts in Parral¹⁹⁵ zufolge gäbe es Gründe zur Annahme, dass sich Paul Schäfer der Sodomie schuldig gemacht habe. Wegen des Untertauchens von Schäfer seien die Ermittlungen jedoch zeitweilig eingestellt worden.

Aylwins zentrale Kritik lautete, die chilenischen Gesetze, hätten in der CD praktisch keine Gültigkeit: Die Schule und das Krankenhaus hätten keine Genehmigung, sie unterlägen nicht der zuständigen behördlichen Kontrolle. Auch der private Friedhof der CD umginge behördliche Regelungen. Auch die Arbeitsgesetzgebung gelte in der CD de facto nicht, Inspektoren würde der Zutritt verweigert. Jegliche Nachfragen würden entweder ausweichend oder mit Lügen beantwortet,¹⁹⁶ die CD sei eine Gemeinschaft, die sich systematisch von der Außenwelt abschotte. Ihre Mitglieder lernten kein Spanisch und träten in der Umgebung nur gruppenweise auf. Es sei mysteriös, dass kein einziger Colono das Bedürfnis verspüre, andere Ortschaften in der Gegend kennenzulernen oder zu vereisen. Möglicherweise sei dies den Colonos aber auch verboten, was die Fluchtfälle Müller und Lindemann nahelegten. All diese Fragen und Unregelmäßigkeiten, so der Senator, bedürften einer umfangreichen Aufklärung. Aylwin schloss seine Rede mit der Warnung vor einem Gebiet auf chilenischen Boden, in dem chilenisches Recht ausgehebelt würde:

»Me parece que este episodio ha tenido la virtud de que, al pretender iniciar un proceso contra las autoridades que quieren cumplir las leyes chilenas en territorio nacional, será la cabeza de proceso para establecer la verdad acerca de lo que ocurre en una

193 »Sodomía« im Spanischen bedeutet Analverkehr. In Chile stand homosexueller Analverkehr bis 1999 unter Strafe.

194 Juzgado de Parral, AZ 23.698.

195 Juzgado de Parral, AZ 23.698. Verfügung vom 26.06.1966.

196 In der Senatssitzung vom 05.03.1968 beantragten die christdemokratischen Senatoren Aylwin und Fuentealba, offizielle Anfragen des Senats an die Minister für Bildung, Finanzen, Gesundheit und Arbeit zu richten, um diese Sachverhalte aufzuklären. Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 63ª vom 05.03.1968, S. 2543.

parte de nuestro suelo patrio, que pretenden convertir en república independiente, sujeta a sus propias leyes, violando las normas de hospitalidad chilena.«¹⁹⁷

Aylwins Rede 1968 war die Geburtsstunde des Diskurses von der CD als Staat im Staate, in dem die chilenische Gesetzgebung nicht gelte oder zumindest nicht durchgesetzt werde. 1990 sollte Aylwin als erster demokratisch gewählter Präsident nach der Militärdiktatur die Gelegenheit bekommen, seine Fragen und Feststellungen wieder aufzugreifen.

Die Rede des Senators Jaime Barros

In der darauffolgenden Senatssitzung¹⁹⁸ ergriff überraschenderweise der kommunistische Senator Jaime Barros das Wort, um die CD zu verteidigen – zumindest solange Chile nicht sozialistisch sei, so Barros: »Mientras en Chile no haya un régimen socialista, me quedo con Dignidad tal como está.«¹⁹⁹ Barros unterstellte den Gegner_innen der CD Rassismus und warf der Presse eine Hetzkampagne vor. Er monierte, dass der Verfassungsausschuss des Senats keine Colonos angehört habe. Barros behauptete, sich selbst eine objektive Meinung von der CD gebildet zu haben – freilich ohne diese je besucht zu haben.²⁰⁰ Er verwies darauf, dass die CA Chillán nach Müllers Anschuldigungen die entsprechenden Colonos vollständig freigesprochen habe. Ganz im Jargon der CD nannte er Müller einen »Sittenlosen« und Lindemann eine »Verrückte«. Diese Episode verdeutlicht, dass es der CD immer wieder gelang, quer durch die politische Landschaft Fürsprecher_innen zu gewinnen und diese dazu zu bringen, sich vehement für die CD einzusetzen. Dies stiftete politische Verwirrung, beschädigte die Glaubwürdigkeit der Kritik an der CD und stützte deren stets wiederkehrenden Verteidigungsdiskurs, alle Vorwürfe seien erlogen und entweder durch Neid und Kränkung motiviert oder das Produkt von Geisteskranken.

5.2.2 Untersuchungsausschuss der Cámara de Diputados 1968

Der für den Fortbestand der CD wichtigste parlamentarische Vorgang in Chile war der 1968 von der Cámara de Diputados eingesetzte Untersuchungsausschuss. Durch intensive Lobbyarbeit unter Mitwirkung ihrer Rechtsanwälte und anderer Unterstützer_in-

197 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 62ª vom 28.02.1968, S. 2505-2511. Investigación de actividades de la »Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad.«, hier S. 2511.

198 Senado, Diario de Sesiones, Legislatura extraordinaria 1967-1968, Sesión 63ª vom 05.03.1968, S. 2543-2548, Actividades de la Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad – observaciones del señor Barros.

199 Ebd., S. 2547.

200 Als »objektive« Quellen nennt Barros u.a. die Berichterstattung von Fernando Murillo Víaña in der linken Abendzeitung Las Noticias de Última Hora vom Februar 1968. Hermann Schmidt und Albert Schreiber hatten die Redaktion der Zeitung besucht und dort sämtliche Anschuldigungen gegen die CD als Verleumdungen dargestellt. Vgl. Las Noticias de Última Hora vom 16.02.1968, S. 7. »Dirigentes de Colonia Dignidad responden a acusaciones en su contra«. Bei dieser Gelegenheit luden CD-Führungsmitglieder Murillo Víaña in die CD ein, der daraufhin in einer mehrteiligen Serie in Las Noticias de Última Hora die Arbeit der CD lobte und die Sichtweise der CD wiedergab.

nen erreichte die CD, dass der Untersuchungsausschussbericht sie weitgehend entlastete. In den folgenden Jahrzehnten führte die CD diesen »Freispruch« immer wieder als Beleg für eine vermeintlich gegen sie vorgebrachte »Verleumdungskampagne« an.

Nur kurz nach den geschilderten Vorgängen im Senat, am 7. März 1968 beschloss die Cámara de Diputados die Einrichtung eines 13-köpfigen Untersuchungsausschusses.²⁰¹ Dieser hatte einen sehr allgemein gefassten Untersuchungsauftrag, »diversos hechos y actividades de la Sociedad Benefactora y Educacional »Dignidad«, d.h. diverse seit der Flucht von Wolfgang Müller 1966 bekannt gewordenen Vorwürfe gegen die CD aufzuklären. Über die Medien forderte der Ausschuss die Bevölkerung auf, ihm Hinweise zum Untersuchungsgegenstand zukommen zu lassen. Auch bei Ministerien und Behörden bat der Untersuchungsausschuss um Informationen, selbst in der Bundesrepublik: Am 20. März 1968 wurden zwei Mitarbeiter der chilenischen Botschaft beim AA vorstellig und baten um Auskünfte zur Privaten Sociales Mission. Das AA berichtete der Botschaft darüber:

»Den Angehörigen der chilenischen Botschaft wurde erklärt, daß das Auswärtige Amt selbst nur wenig über die Muttergesellschaft wisse. [...] Was die Frage der Untersuchung selbst anlange, so handle es sich um eine chilenische Angelegenheit, deren Durchführung wir den zuständigen chilenischen Stellen überlassen müssten. Eine Klärung der Zustände in der Kolonie liege im Interesse des Fortbestandes der guten deutsch-chilenischen Beziehungen. Unseres Erachtens wäre eine Untersuchung nur dann sinnvoll, wenn sie im Rahmen einer größeren Aktion von deutschsprechenden Beamten durchgeführt würde, wenn die Befragungen der Kolonieangehörigen einzeln und in Abwesenheit der Leitung der Kolonie oder anderer Angehöriger erfolge und wenn denjenigen Angehörigen der Kolonie, die diese verlassen wollten, ausreichender Schutz gewährt würde. Dieser Schutz müsse einmal gegenüber Rückführungsversuchen der Leitung bestehen, zum anderen aber auch die Schaffung einer neuen Existenzgrundlage zum Gegenstand haben.«²⁰²

Anfang Mai 1968 besuchten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Catillo, Parral und die CD. Dort wurden sie von einem Chor mit Blumensträußen empfangen.²⁰³ Botschaftsrat Spang begleitete die Ausschussmitglieder.²⁰⁴

Nach 18 Sitzungen sowie der Anhörung dutzender Zeug_innen veröffentlichte der Ausschuss im November 1968 einen Abschlussbericht,²⁰⁵ der die CD zu großen Teilen

201 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura extraordinaria periodo 1967-1968, Sesión 40ª vom 05.03.1968, S. 3741. Se acuerda la designación de una Comisión Especial para investigar los hechos producidos en la Colonia »Dignidad« de Parral, provincia de Linares.

202 PAAA, B 82, Bd. 991. Schreiben AA an Botschaft vom 27.03.1968, GZ V 5-88/6228.

203 El Siglo vom 04.05.1968, S. 3, »Dignidad«.

204 PA AA, AV NA 31581. Aufzeichnung vom 10.07.1970, GZ RK V 4-88. Darin wird Spangs Teilnahme erwähnt. Einen Bericht von Spang über diesen Besuch konnte ich jedoch im PA AA nicht finden.

205 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura Extraordinaria periodo 1968-1969, Sesión 12ª vom 26.11.1968, S. 1133-1160. Informe de la Comisión Especial designada para investigar las actividades de la »Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad« de Parral. Unter den ca. 80 namentlich im Ausschussbericht genannten Zeug_innen waren zahlreiche Führungsmitglieder und Anwälte der CD, ihr wohlgesonnene Journalist_innen sowie langjährige Unterstützer_innen, je-

entlastete. Er stellte fest, die SBED habe sich weitestgehend satzungskonform verhalten. Sämtliche Mitglieder verfügten über rechtmäßige Aufenthaltstitel. Auch halte sich die CD – zumindest was die in der CD beschäftigten externen chilenischen Arbeitnehmer_innen anging – an die Arbeitsgesetzgebung. Ansonsten sei die CD ein gemeinnütziger Verein, die Überschüsse aus der Geschäftstätigkeit und der unentlohten Arbeit der Mitglieder flössen in die wohltätige Arbeit. Das Bildungs-, Justiz- und Wirtschaftsministerium sollten eine Form finden, die Arbeit der Schule in der CD zu legalisieren. Das Krankenhaus der CD leiste eine vorbildliche Arbeit und behandle die Bevölkerung kostenlos.²⁰⁶ Zwar habe die Leiterin des Krankenhauses (Gisela Seewald) ihren Arzttitel in Chile noch nicht anerkennen lassen, Kolleg_innen bescheinigten ihr jedoch umfangreiche medizinische Kenntnisse. Zudem müssten einige Artikel der Vereinssatzung angepasst und es müsse genauer definiert werden, wie gemeinnützige Vereine bei Zolleinführen zu behandeln seien.

Bei der CD, so der Bericht des Untersuchungsausschusses, handle es sich nicht um eine Sekte. In der Siedlung herrsche vielmehr Religionsfreiheit. Viele Colonos seien christlich-evangelikalen Glaubens, es gäbe jedoch auch Katholiken und nicht-praktizierende Juden. Kritisiert wird im Bericht lediglich, dass der Grundbesitz nicht im Besitz des Vereins, sondern auf die Privatpersonen Hermann Schmidt und Rudolf Cölln eingetragen sei. Dies solle geändert werden.

Schäfers Rolle in der CD und seine Anwesenheit in der Siedlung erwähnt der Bericht mit keinem Wort. Ganz allgemein formuliert heißt es allerdings apologetisch, manche Anschuldigungen seien »keine Stellungnahme wert, da sie absolut unreal«²⁰⁷ seien. Stattdessen enthält der Bericht eine pauschale Journalist_innenschelte: Er kritisiert scharf die angebliche »Sensationsberichterstattung« der Medien, bei der Unwahrheiten verbreitet würden, oftmals ohne jegliche Belege und ohne dass die Berichtenden die CD je besucht hätten. Oftmals seien Beschreibungen in der Presse derart fantasztisch, dass sie »jeglichem normalen Menschenverstand« widersprächen. Dies sei mit einer ethischen Ausübung des Journalistenberufs unvereinbar, so die Abgeordneten.

Die Cámara de Diputados nahm den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses am 27. November 1968 mit großer Mehrheit an.²⁰⁸ Lediglich kommunistische Abge-

doch nur eine Handvoll Kritiker_innen der CD. Einer von ihnen war Ruperto Torres Aravena, der am 13.10.1973 in Catillo verhaftet wurde und seitdem als verschwunden gilt. Vermutlich wurde Torres in der CD ermordet. Seine Entführung war Gegenstand des Verfahrens CA Santiago, AZ 2182-98 »Episodio Parral«.

206 Die – auch von der CD wiederholt vorgetragene – Behauptung, die umliegende Bevölkerung werde in ihrem Krankenhaus kostenlos behandelt, ist nur aus Sicht der Patient_innen korrekt. Die CD erhielt für den Betrieb des Krankenhauses umfangreiche Subventionen und rechnete die Behandlungen mit der Gesundheitsbehörde ab. Es gibt Hinweise darauf, dass die CD diese Abrechnungen regelmäßig fälschte, um höhere Zahlungen zu erschleichen. Dieser mutmaßliche systematische Betrug dürfte eine wichtige Einkommensquelle für die CD gewesen sein. Er wurde durch die Justiz nie eingehend untersucht.

207 Cámara de Diputados, Diarios de Sesiones, Legislatura extraordinaria periodo 1968-1969, Sesión 12ª vom 26.11.1968, S. 1131-1161. Informe de la Comisión Especial designada para investigar las actividades de la Sociedad Benefactora y Educacional »Dignidad«, de Parral, hier S. 1150.

208 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura extraordinaria periodo 1968-1969, Sesión 13ª vom 27.11.1968, S. 1285-1288. La Cámara vota las conclusiones del informe de la Comisión Espe-

ordnete sollen gegen die Annahme gestimmt haben.²⁰⁹ Wie es zu einer solch deutlichen Übereinstimmung des Ausschusses mit der Linie der CD-Führungsmitglieder kommen konnte, ist nicht eindeutig belegbar. Die Fülle von Unterstützer_innen der CD unter den angehörtten Zeug_innen und Sachverständigen, die große Anzahl eingereicherter Schriftstücke der CD sowie die tatkräftige Unterstützung der CD durch Rechtsanwälte aus renommierten Kanzleien²¹⁰ zeugen jedoch von einer professionell geplanten sowie mit großem Einsatz an Personal und Ressourcen durchgeführten Lobbystrategie.

Für die CD war der Bericht des Untersuchungsausschusses ein riesiger Triumph. Nach den Anschuldigungen u.a. Aylwins kam der Bericht einem Freispruch auf ganzer Linie gleich – und so nannte es auch die CD selbst immer wieder. Die zum Teil sehr pauschalen Bewertungen der Abgeordneten bestätigten den Opferdiskurs der CD, den diese in den darauffolgenden Jahrzehnten stets bemühen sollte: Demnach waren jegliche Vorwürfe gegen die CD bloße Erfindungen von Neider_innen, psychisch Kranken oder sensationslüsternen Journalist_innen. Die CD präsentierte den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses von 1968 noch Jahrzehnte später als vermeintlichen Beleg für die Unwahrheit der gegen sie erhobenen Anschuldigungen.

5.2.3 Besuch des Menschenrechtsausschusses in der Colonia Dignidad 1990

In den Jahren der Allende-Regierung (1970–73) befasste sich das chilenische Parlament nicht mit der Colonia Dignidad und die Militärdiktatur (1973–1990) löste das Parlament auf. Der Amtsantritt des ersten wieder demokratisch gewählten Präsidenten Patricio Aylwin im März 1990 löste auf vielen Seiten Hoffnungen aus, dass die seit Jahrzehnten im Raum stehenden Verbrechen der CD nun mit Nachdruck untersucht würden.

Bereits wenige Monate nachdem das neue Parlament seine Arbeit wieder aufgenommen hatte, stattete der Menschenrechtsausschuss der Cámara de Diputados am 6. Oktober 1990 der CD einen angekündigten Besuch ab.²¹¹ Die CD hatte zuvor durch einen Schutzantrag bei der CA Valparaíso²¹² versucht, den Besuch zu verhindern. Dabei

cial encargada de estudiar las actividades de la Sociedad Benefactora y Educacional »Dignidad«, de Parral. Über die Schlussfolgerungen des Ausschussberichts wurde einzeln abgestimmt. Viele davon wurden mit 37:8 Stimmen angenommen.

209 Dies meldete zumindest die Botschaft nach Bonn. PA AA, B 82, Bd. 991. Schreiben AA an Botschaft vom 27.03.1968, GZ: V 5-88/6228. Es gab keine namentliche Abstimmung, jedoch hatten sich in der vorherigen Debatte nur kommunistische Abgeordnete gegen die Annahme des Berichts ausgesprochen.

210 CD-Anwalt Luis Ortíz Quiroga, der die CD auch gegenüber dem Ausschuss vertrat und von diesem angehört wurde, gilt bis heute als einer der renommiertesten Rechtsanwälte Chiles. Er ist Christdemokrat und arbeitete 1968 in der Kanzlei von Mariano Puga Vega. Dieser war Vorsitzender der Liberalen Partei, Kongressabgeordneter und Botschafter Chiles in den USA. Ein Kollege von Ortíz in der Kanzlei Puga war damals Máximo Pacheco Gómez, christdemokratischer Bildungsminister (1968–1970) und späterer Rechtsanwalt von Amnesty International sowie der Botschaft in Verfahren gegen die Colonia Dignidad.

211 PA AA, AV NA 31638. Protokoll über den Besuch des Menschenrechtsausschusses in der CD vom 06.10.1990, verfasst von Kommissionssekretär José Vicencios Frías.

212 PA AA, AV NA 31638. CA Valparaíso, AZ 279-90. Recurso de protección vom 25.09.1990, eingereicht von RA Fidel Reyes für die SBED.

argumentierte sie, ein Parlamentsausschuss habe keinerlei Kontrollbefugnisse auf Privatgelände. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und der dreistündige Besuch der zwölf Abgeordneten fand statt. Die Delegation wurde vom Vorstand der SBED²¹³ sowie von CD-Anwalt Fidel Reyes empfangen. Die Abgeordneten stellten dem Vorstand eine Reihe von Fragen, die Hartmut Hopp und RA Reyes allesamt ausweichend beantworteten.²¹⁴ So bat etwa der Abgeordnete Jaime Naranjo (PS) darum, Miguel Becerra Monsalve, den Sohn des 1974 von der CD ermordeten DINA-Agenten Miguel Becerra Hidalgo, sprechen zu dürfen. Dessen Mutter hatte sich seit 1974 vergeblich um die Herausgabe ihres Sohnes bemüht. Naranjo erhielt die Antwort, dass Becerra Monsalve sich derzeit leider in Bulnes befinde und außerdem bereits volljährig sei. Er habe bereits vor der Justiz ausgesagt und wolle die CD nicht verlassen. Ausschusspräsidentin Maria Maluenda (PPD) fragte nach dem 1975 verschwundenen ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Carlos Lorca und ergänzte, Zeug_innen hätten Lorca in der CD gesehen. Hopp antwortete, Lorca sei »nicht in der CD gestorben«²¹⁵ und für diese Fragen sei die Justiz zuständig. Der Besuch des Ausschusses endete mit einer Begehung des CD-Krankenhauses und des Flugplatzes. Die anschließende Einladung der CD zum Tee nahmen lediglich die drei Ausschussmitglieder der rechten Parteien an.

Der Besuch des Menschenrechtsausschusses kann rückblickend als erstes Kräfte-messen nach der Rückkehr zur Demokratie betrachtet werden. Im Dezember 1990, einige Wochen nach seinem Besuch in der CD richtete der Ausschuss ein umfassendes Schreiben²¹⁶ an Präsident Aylwin und forderte diesen auf, die Auflösung der SBED per Dekret zu veranlassen (vgl. den folgenden Abschnitt 5.2.4).

5.2.4 Untersuchungsausschuss der Cámara de Diputados 1995

Im Februar 1991 wurde von der Aylwin-Regierung die 1961 von der CD gegründete Rechtsperson, die Sociedad Benefactora y Educacional Dignidad (SBED), per Dekret aufgelöst.²¹⁷ Die CD ging umgehend juristisch gegen das Dekret vor und verhinderte so die Auflösung der SBED über mehrere Jahre. Am 5. Januar 1995 beschloss die Cámara de Diputados die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses²¹⁸ mit dem Ziel, die Umsetzung des Regierungsdekrets Nr. 143 vom 31. Januar 1991 zur Auflösung der SBED

213 Laut diesem Schutzantrag (ebd.) gehörten dem Vorstand der SBED damals an: Hermann Schmidt (Präsident), Kurt Schnellenkamp (Vizepräsident), Hans-Jürgen Blanck (Sekretär), Hartmut Hopp (Direktor) und Albert Schreiber (Direktor).

214 PA AA, AV NA 31638. Protokoll über den Besuch des Menschenrechtsausschusses in der CD vom 06.10.1990, verfasst von Kommissionssekretär José Vicencios Frías.

215 Ebd.

216 PA AA, AV NA 31620. Cámara de Diputados, Comisión de Derechos Humanos Nacionalidad y Ciudadanía, Oficio 117 vom 12.12.1990 an Präsident Aylwin.

217 Diario Oficial N° 33.896 vom 16.02.1991. Ministerio de Justicia, Decreto 143 vom 31.01.1991. »Declara disuelta y cancela personalidad jurídica y destina bienes de entidad que indica.«

218 La Epoca vom 06.01.1995, S. 22. »Cámara acordó comisión por caso Dignidad«. 38 Abgeordnete des Parteienbündnisses Concertación stimmten der Zeitung zufolge für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, 18 Abgeordnete der rechten Opposition stimmten dagegen.

und die rechtmäßige Anwendung der chilenischen Gesetzgebung in der CD zu überprüfen. Die CD hatte die Umsetzung des Auflösungsdekrets durch alle verfügbaren Rechtsinstanzen angefochten. Bereits im Vorfeld des Dekrets hatte die CD-Führung vorgesorgt und ihr Vermögen zwischen 1988 und 1990 auf verschiedene Aktienholdings übertragen, so dass von der SBED praktisch nur eine leere Hülle blieb (vgl. Abschnitt 3.2.3). Auch das Auflösungsdekret lief so praktisch ins Leere. Dennoch konnte die SBED formal weiterhin als Trägerin der (externen) Schule und des Krankenhauses der CD fungieren, bis der Rechtsweg gegen das Dekret ausgeschöpft war. Dies war mit der Entscheidung der Corte Suprema vom 6. September 1994 der Fall.²¹⁹ Nur wenige Wochen später jedoch gründete die CD einen neuen Verein namens *Organización Comunitaria de Desarrollo Social Perquilauquén*,²²⁰ der nun die Trägerschaft von Schule und Krankenhaus übernahm.²²¹ Gleichzeitig versuchte die CD, durch einen Hungerstreik Druck auf die Regierung auszuüben. Dabei erhielt sie Unterstützung durch rechte Abgeordnete. Anfang Dezember 1994 schloss die CD Krankenhaus und Schule, während Unterstützungsgruppen und sogenannte Patientenkomitees Demonstrationen und Besetzungen durchführten und deren Wiedereröffnung forderten.²²² Zu Beginn des Schuljahres im März 1995 nahm die Schule ihren Betrieb wieder auf. Auch die Wiedereröffnung des Krankenhauses wurde für Anfang Mai 1995 angekündigt,²²³ obwohl der Servicio de Salud del Maule (die Gesundheitsbehörde der Region) keine entsprechende Genehmigung erteilt hatte. Am 7. Mai 1995²²⁴ verkündigte die CD die sofortige Wiedereröffnung des Krankenhauses. Dabei gelang es ihr, als Fürsprecher_innen bei einer großen Unterstützungsveranstaltung nicht nur Abgeordnete der Rechten, wie Hernán Larraín und Sergio Correa (beide UDI), sondern auch Felipe Letelier von der

219 Die CD hatte gegen das Dekret 143 drei Schutzanträge bei der CA Santiago gestellt, die diese am 17.03.1993 ablehnte. Die daraufhin eingelegte Berufung wies die Corte Suprema am 02.08.1994 zurück (AZ 20464-93). Auch der Einspruch gegen diese Entscheidung wurde am 06.09.1994 von derselben Kammer zurückgewiesen. Somit waren alle Rechtsmittel ausgeschöpft und das Dekret 143 wurde endgültig rechtskräftig.

220 Die Vereinsgründung wurde im November 1994 beim Justizministerium beantragt. Per Dekret vom 23.05.1995 wurde der Verein ins Vereinsregister eingetragen. Als Präsident fungierte Eduardo Fuentes, langjähriger Vertrauter der CD-Führung und Präsident der »CD-Freundeskreise«. Zu den Gründungsmitgliedern zählte auch der Abgeordnete der UDI, Ignacio Urrutia Bonilla, der auch einen Direktorenposten innehatte. CA Santiago, AZ 2182-98 (»Asociación Ilícita«), Bd. III (Ministro), Bl. 1326. PDI, Informe Policial 1003/00510 vom 03.07.2006, Anexo 30, Dokument »Colonia Dignidad – historia« o. A., o. D. nennt Decreto Exento N° 0633 vom 23.05.1995 als Tag der Eintragung ins Vereinsregister.

221 Nachdem die letzten Rechtsmittel gegen das Dekret Nr. 143 erschöpft waren, wurden die Schule und das Krankenhaus am 06.12.1994 geschlossen.

222 Zum verkündeten Schließungstermin besetzten Schüler_innen und Patient_innen die Schule und das Krankenhaus. Eine Unterstützungsgruppe besetzte im Februar 1995 zudem die Kathedrale in Talca und forderten eine Wiedereröffnung beider Einrichtungen.

223 El Mercurio vom 23.04.1995, S. 6C. »Dijo Doctor Hartmut Hopp: »Hospital de »Dignidad« será reabierto en Mayo.«

224 Während El Mercurio die Zahl der Teilnehmer_innen mit 3500 angab, schrieb La Tercera von 6000. Vgl. El Mercurio vom 08.05.1995, S. 4C. »Con masivo acto: Reabrieron hospital de la ex-Colonia Dignidad« sowie La Tercera vom 08.05.1995, S. 6, »Reabrió sus puertas hospital de Dignidad«.

Regierungspartei PPD zu gewinnen. Letelier sprach sich in Abweichung von der Linie der Regierung öffentlich vehement für die Wiedereröffnung des Krankenhauses aus.²²⁵

Auch den Termin für die Wiedereröffnung des Krankenhauses hatte die CD strategisch gewählt: Denn am darauffolgenden Tag, dem 8. Mai 1995, sollte die von der Regierung aufgelöste SBED ihre Vermögenswerte und -gegenstände an die Methodistische Kirche übergeben. Als Victor Chávez, der Gouverneur von Parral, sich zu diesem Zweck in Begleitung der Polizei zur CD begab, stand er vor verschlossenem Tor. Auf der anderen Seite, in der CD, protestierten Unterstützer_innen der CD. Die Polizei brach das Tor auf und es kam zu Rangeleien. Chávez verhandelte stundenlang mit CD-Anwalt Fidel Reyes, um letztlich unverrichteter Dinge wieder abzureisen. Gleichzeitig erklärte Eduardo Vega, Direktor der regionalen Gesundheitsbehörde, das Krankenhaus wegen fehlender Betriebserlaubnis für geschlossen.²²⁶ Die CD strebte dagegen mit einem Schutzantrag umgehend bei der CA Talca eine sofortige Aussetzung der Schließung an.²²⁷ Zwar wurde der Aussetzungs-Antrag (orden de no innovar) eine Woche später abgelehnt,²²⁸ am 14. Juni entschied jedoch die Corte Suprema, das Krankenhaus könne bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache über den Schutzantrag geöffnet bleiben.²²⁹ Diese Entscheidung der Judikative stellte aus Sicht der chilenischen Regierung einen Affront dar: Erneut hatte die CD das Auflösungsdekret von 1991 de facto ausgehebelt und gleichzeitig demonstriert, dass sie durch eine juristische Offensive – unterstützt von einigen Richter_innen an der Corte Suprema – in der Lage war, sich über Entscheidungen der Regierung hinwegzusetzen.

Präsident Eduardo Frei hatte erst im März 1995 bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik nach Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel erklärt, seine Regierung werde keinerlei Neugründungen von Organisationen mit Verbindungen zur CD zulassen.²³⁰ Trotz dieser Aussage des Staatspräsidenten wur-

225 La Segunda vom 09.05.1995, S. 44. »Diputado F. Letelier (PPD): »Respaldo al hospital de Villa Baviera«. Dies blieb nicht die einzige Abweichung Leteliers von der Parteilinie Am 22.09.1995 besuchte er erneut die CD, diesmal zusammen mit einer Delegation des Gesundheitsausschusses der Cámara de Diputados. Als einziges Delegationsmitglied der Regierungsfractionen erklärte er gegenüber der Presse: »Wenn von Versöhnung und nationaler Einheit die Rede ist, müssten die sozialen und politischen Aspekte getrennt und anerkannt werden, dass dieses Krankenhaus Hilfe und Medizin anbietet für die Sektoren, die in jener Zone am meisten unter Mittelknappheit leiden«. Die Botschaft berichtete dem AA über einen entsprechenden Artikel in der Zeitung El Mercurio vom 24.09.1995. Der Bericht der Botschaft endet mit der Feststellung: »Ein Punkt für die ex-CD!« PA AA, AV NA 31666. DB 505 vom 27.09.1995.

226 El Mercurio vom 09.05.1995, S. 9C. »También fue clausurado hospital: Descerrajamiento e incidentes hubo en la ex-Colonia Dignidad«.

227 La Tercera vom 12.05.1995, S. 4. »Recurso de protección por hospital«.

228 Die Entscheidung fällte die zweite Kammer der CA Talca unter Richter Hernán Robert Arias, der 1989 das Untersuchungsverfahren gegen die CD geleitet hatte, vgl. La Tercera vom 18.05.1995, S. 7. »Petición ordenaba no innovar: Rechazan recurso por Villa Baviera«.

229 La Segunda vom 14.06.1995, S. 21. »Por oficio ayer: Corte Suprema decretó la reapertura del hospital de Villa Baviera«.

230 Vgl. El Mercurio vom 16.03.1995, S. C2. »Aseguró Frei a Kohl: No habrá personalidad jurídica para ningún ente vinculado con Dignidad«. Senator Hernán Larraín von der rechten UDI erklärte daraufhin, Freis Äußerungen »parece[n] haber sido producto de la presión de un gobierno extranjero en materias propias e irrenunciables de la soberanía nacional. [...] Añadió que la autoridad bien

de die Gründung des SBED-Nachfolgevereins Organización Comunitaria de Desarrollo Social Perquillauquén am 23. Mai 1995 offiziell anerkannt. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses kann in diesem Kontext als verzweifelter Versuch der Regierung interpretiert werden, trotz der Blockade der Justiz eine endgültige Schließung der CD zu bewirken.

Arbeit und Ergebnisse des Untersuchungsausschusses der Cámara de Diputados

Der 15-köpfige Untersuchungsausschuss des chilenischen Unterhauses konstituierte sich am 2. März 1995. Der Ausschuss bat diverse Ministerien und Behörden um die Zusendung von Berichten und hörte insgesamt 22 Personen an. Carlos Cáceres und Hernán Felipe Errázuriz, während der Diktatur Innen- bzw. Außenminister, kamen der Vorladung nicht nach.²³¹ Auch der deutsche Botschafter Werner Reichenbaum ließ sich entschuldigen.²³² Stattdessen erschien Botschaftsanwalt Máximo Pacheco vor dem Untersuchungsausschuss.

Der Einsetzungsbeschluss der Cámara de Diputados hatte die Notwendigkeit des Untersuchungsausschusses u.a. mit der weitverbreiteten öffentlichen Wahrnehmung begründet, wonach die CD ein Staat im Staate sei.²³³ Dies untergrabe das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und den Rechtsstaat. Da dieselben Personen, die die SBED geleitet hätten, nun einen Nachfolgeverein gegründet hätten, müsse überprüft werden, ob die Missstände, die zur Auflösung der SBED geführt hatten, von den dafür zuständigen Behörden inzwischen abgestellt bzw. sanktioniert worden seien.

Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses kam zu dem Schluss, die für die Umsetzung des Auflösungsdekrets zuständigen Behörden und Institutionen seien ihrem Auftrag zwar im Allgemeinen nachgekommen, an der Lebensweise und dem Wirken der CD habe sich jedoch faktisch wenig geändert:

»Llama poderosamente la atención que habiendo transcurrido más de 4 años desde que se canceló la personalidad jurídica a la mencionada Corporación, todos los territorios, se encuentran aún inscritos a nombre de sociedades comerciales que ocupan como trabajadores a los mismos colonos que desempeñaban los mismas labores que los que realizaban en la Colonia Dignidad. En nada han variado las restricciones a la

sabe que la continuación de la obra de Dignidad es solicitada por muchas personas, entre otras, por destacadas figuras del quehacer nacional que garantizan el fiel cumplimiento de los objetivos perseguidos por la sociedad benefactora«. El Mercurio, 17.03.1995, S. 4C. »Senador Hernán Larraín: Dichos de Frei sobre Colonia Dignidad son incomprensibles«.

231 El Mercurio vom 18.03.1995, S. 6C. »Ex-Ministros declinaron exponer acerca de su gestión sobre Dignidad«.

232 El Mercurio zufolge dürfen deutsche Diplomaten generell nicht vor Untersuchungskommissionen ausländischer Parlamente erscheinen, vgl. El Mercurio vom 28.05.1995, S. 2C. »Comisión ha reunido datos sobre presuntas ilegalidades de la ex-Colonia Dignidad«. Reichenbaum erklärte gegenüber der Presse, die Bundesregierung verfolge das Untersuchungsverfahren sehr aufmerksam und erwarte mit großem Interesse das Ergebnis. Vgl. El Mercurio vom 27.04.1995, S. 4C. »Embajador germano Werner Reichenbaum: Alemania espera resultado de informe sobre Dignidad«.

233 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 330ª, Sesión 31ª vom 03.01.1995, S. 33-36. Creación de Comisión investigadora de cumplimiento del decreto supremo que disolvió la ex »Colonia Dignidad«.

libertad individual de desplazamiento de los habitantes de la ex Colonia y a la inviolabilidad de la correspondencia. Esos territorios de la ex- Colonia Dignidad siguen cercados por alambradas que sirven de pretexto a quienes sostienen que sus habitantes no pueden abandonarlos libremente. A la luz de las informaciones recogidas por esta Comisión, se puede afirmar que la forma de vida de la agrupación que existía bajo la vigencia de la personalidad jurídica cancelada, no ha sufrido alteraciones sustanciales, [...] existen un apreciable número de situaciones irregulares de la ex Colonia Dignidad que se mantienen después del Decreto N° 143 del año 1991, que afectan los derechos de las personas que habitan en sus territorios. Esta es, además, la preocupación expresada por la Comisión investigadora del Parlamento Alemán.»²³⁴

Der Ausschuss stellte fest, die soziale Realität in der CD weiche immer noch von den Grundprinzipien der chilenischen Rechtsordnung ab. Er forderte die Regierung auf, eine erneute Prüfung durchzuführen und innerhalb eines Jahres u.a. zu berichten

- ob die Familien- und Gemeinschaftsorganisation in der CD der chilenischen Verfassungs- und Rechtsordnung entspreche;
- ob die Informations- und Kommunikationsfreiheit und die Wahrung des Briefgeheimnisses gewährleistet seien;
- ob das Recht auf Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit in der CD gewährt sei;
- ob die Gesetzgebung zur allgemeinen Schulpflicht (acht Grundschuljahre) für die Minderjährigen in der CD eingehalten werde.²³⁵

Weiterhin sollte die Regierung die Einhaltung der Wehrpflicht und die rechtmäßige Eintragung von Waffen und des Flugplatzes in der CD untersuchen. Sollte festgestellt werden, dass in der CD Rechte nicht eingehalten würden, sollte das Innenministerium neue Maßnahmen prüfen, wie etwa eine Ausweisung von Paul Schäfer aufgrund des Verstoßes gegen ausländerrechtliche Bestimmungen.²³⁶

Des Weiteren forderte der Ausschussbericht die Regierung auf, über den Staatsverteidigungsrat (CDE) als Vertreter des Fiskus zu überprüfen, ob die Übertragung des CD-Vermögens von der gemeinnützigen SBED auf kommerzielle Aktiengesellschaften als Betrug anzusehen und entsprechend anfechtbar sei. Außerdem sollte der CDE die Vielzahl an Verfahren, bei denen er die Interessen des Staates vertrat, energischer betreiben. Schließlich forderte der Bericht die Regierung auf, zur Bündelung und Be-

234 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 332ª, Sesión 33ª vom 06.12.1995. Informe de la Comisión Especial Investigadora de la Cancelación de la Personalidad Jurídica de Colonia Dignidad, creada con el objeto de verificar la forma como se dio cumplimiento al decreto supremo que disolvió esa institución, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/01.pdf>, S. 85 (zuletzt abgerufen am 12.02.2018). Die Feststellung des Ausschusses bzgl. der Position des Bundestages (S. 85) ist nicht korrekt: Zwar gab es dort am 22.02.1988 im Unterausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe eine öffentliche Anhörung zum Thema Colonia Dignidad, der Ausschuss besaß jedoch keinerlei Befugnisse, die mit denen eines Untersuchungsausschusses vergleichbar wären. Aus der Anhörung folgte auch keinerlei Positionierung oder Bericht des Deutschen Bundestages.

235 Ebd., S. 87.

236 Ebd., S. 87.

schleunigung der anhängigen Justizverfahren im Zusammenhang mit der CD die Einsetzung eines Ministro en Visita zu beantragen.

Der Untersuchungsausschuss hatte den Entwurf des Abschlussberichtes am 8. November 1995 mit acht Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen gebilligt. Die ablehnenden drei Mitglieder rechter Parteien legten zwei Minderheitenvoten vor. Das eine, das alle drei Abgeordneten unterzeichneten, war von Anwälten der CD verfasst worden.²³⁷ Es stellte fest, dass die Justiz die CD stets freigesprochen habe, wie etwa im Bericht von Untersuchungsrichter Robert 1989 (vgl. Abschnitt 5.1.3) und kritisierte, dass entlastende Dokumente, wie der Bericht des Untersuchungsausschusses von 1968 (vgl. Abschnitt 5.2.2) im aktuellen Fall nicht berücksichtigt worden seien. Das zweite Minderheitsvotum des Abgeordneten Valentín Ferrada (RN) kritisierte darüber hinaus auch die deutsche Diplomatie. Obwohl die deutsch-chilenischen Beziehungen immer freundschaftlich und respektvoll gewesen seien, hätte das AA eine Haltung an den Tag gelegt, die den Respekt gegenüber Chile vermissen lasse.²³⁸

Am 6. Dezember 1995 legte der Untersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht dem Parlament vor.²³⁹ Am 18. Januar 1996 beriet das Plenum der Cámara de Diputados darüber und nahm den Bericht mit 47 Stimmen der Regierungskoalition gegen 23 Stimmen der rechten Opposition an.²⁴⁰ Am Tag der Abstimmung wurde ein weiterer Fluchtversuch aus der CD bekannt.²⁴¹ Es handelte sich um die erste bekannt gewordene Flucht nach dem Ende der Diktatur. Der Colono Karl Stricker hatte den Perquilauquén-Fluss durchquert und war auf Forstarbeiter getroffen, die die Polizei alarmierten. Den Beamten gegenüber gab Stricker an, die CD verlassen zu wollen. Nach einer Vernehmung beim Gericht in San Carlos soll er jedoch seine Meinung geändert haben und in die CD zurückgekehrt sein.²⁴² Die CD stellte Strafanzeige gegen die Kriminalpolizei wegen »willkürlicher Verhaftung« von Karl Stricker.²⁴³ Die Abgeordneten Marta Woerner (PPD) und José Antonio Viera-Gallo (PS) stellten bei der CA Chillán einen Schutzantrag zugunsten von Stricker.²⁴⁴ Die Anwälte der CD legten dem Gericht daraufhin eine von Stricker unterzeichnete Erklärung vor, in der dieser bestätigte, in der CD bleiben zu wollen: »no tengo intenciones de irme a vivir a ninguna otra parte, ya que estoy

237 PA AA Bd. AV NA 31646. DB 646 vom 04.12.1995.

238 Ebd.

239 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 332ª, Sesión 33ª vom 06.12.1995, S. 31-88. Informe de la Comisión Especial Investigadora de la Cancelación de la Personalidad Jurídica de Colonia Dignidad, creada con el objeto de verificar la forma como se dio cumplimiento al decreto supremo que disolvió esa institución, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/01.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018).

240 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 332ª, Sesión 44ª vom 18.01.1996, S. 21-52. Informe de la Comisión Especial Investigadora sobre la cancelación de la personalidad jurídica de Colonia Dignidad, hier S. 51.

241 Stehle, Jan. La muerte de Karl Stricker y la amnesia de Otto Dörr, in: CIPER (Website), 10.04.2018, online unter <https://ciperchile.cl/2018/04/10/colonia-dignidad-la-muerte-de-karl-stricker-y-la-amnesia-de-otto-dorr/>.

242 Vgl. u.a. La Nación vom 20.01.1996, S. 8: »Curiosa fuga de colono de Dignidad«.

243 La Tercera vom 21.01.1996, S. 18. »Dignidad: Denuncian detención arbitraria«.

244 La Epoca vom 20.01.1996, S. 21. »Gobierno alemán realiza gestiones por colono Karl Albert Stricker – diputados presentan recurso de amparo y piden ministro en visita«.

satisfecho del lugar donde estoy y donde he cultivado relaciones de amistad con los demás habitantes.«²⁴⁵ Der Psychiater und Unterstützer der CD, Otto Dörr, stellte zudem ein Attest aus, in dem er Stricker eine schwere Depression bescheinigte und von seiner Vernehmung abriet.²⁴⁶ Die Anwälte der CD gaben diese Bescheinigung zu den Verfahrensakten und der Schutzantrag wurde abgelehnt.

5.2.5 Untersuchungsausschuss der Cámara de Diputados 1997

Am 29. April 1997 setzte die Cámara de Diputados einen weiteren Untersuchungsausschuss ein. Dieser sollte die Umsetzung der Empfehlungen des vorangegangenen Untersuchungsausschusses durch die chilenischen Behörden überprüfen. Gleichzeitig wurde der Familienausschuss des Parlaments ersucht, Hinweisen auf Verletzungen der Kinderrechte in der ehemaligen CD nachzugehen. Der Untersuchungsausschuss legte seinen Abschlussbericht am 13. August 1997 vor.²⁴⁷ Am 20. August 1997 nahm die Cámara de Diputados ihn an.²⁴⁸ Der Familienausschuss nahm eine eigene Untersuchung auf, die ihren Abschlussbericht am 15. Oktober 1997 vorlegte.²⁴⁹

Kontext und Hintergrund der Einsetzung des Untersuchungsausschusses

Im Beschluss zur Einsetzung eines erneuten Untersuchungsausschusses hieß es, die CD sei trotz der formellen Auflösung ihrer Rechtsperson als »faktische Vereinigung« nach wie vor aktiv gewesen. Gleichzeitig habe die Justiz gegen diverse Colonos wegen schwerer Straftaten ermittelt, unter anderem Mord, Freiheitsberaubung, Verletzung von Kindesrechten und des Rechts auf Familie. Mehrere Familien hätten die Entführung ihrer Kinder durch die CD angezeigt. Kinder seien in der CD ihrer Freiheit beraubt und daran gehindert worden, bei ihren Eltern zu wohnen.²⁵⁰ Zudem sei Paul Schäfer seit August 1996 justizflüchtig gewesen.

Die Einsetzung des zweiten Untersuchungsausschusses geschah in einer Zeit der intensiven Medienberichterstattung über die CD. Nach einer Strafanzeige gegen Paul

245 El Mercurio vom 21.01.1996, S. C11 »Colono de V. Baviera rechaza amparo legal«.

246 Stehle, Jan. La muerte de Karl Stricker y la amnesia de Otto Dörr, in: CIPER (Website), 10.04.2018, online unter <https://ciperchile.cl/2018/04/10/colonia-dignidad-la-muerte-de-karl-stricker-y-la-amnesia-de-otto-dorrr/>.

247 Cámara de Diputados, Informe de la Comisión Investigadora encargada de velar por el cumplimiento de las recomendaciones aprobadas por la H. Cámara de Diputados, en relación con la ex Colonia Dignidad vom 13.08.1997, online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/02.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018). Protokoll der Abstimmung: Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 334^a, Sesión 63^a vom 29.04.1997, S. 31-37.

248 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 335^a, Sesión 35^a vom 20.08.1997, S. 19-48. Informe de la Comisión investigadora sobre la ex Colonia Dignidad.

249 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 336^a, Sesión 10^a vom 21.10.1997, Informe de la Comisión de Familia recaído en el Proyecto de Acuerdo que le encomienda investigar situaciones de posibles violaciones a los derechos de los niños y niñas en la ex Colonia Dignidad, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/03.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018), S. 67ff.

250 Ebd., S. 2f.

Schäfer wegen sexuellen Missbrauchs an chilenischen Kindern im Juni 1996²⁵¹ hatte die Justiz Ermittlungen aufgenommen, es folgte eine Reihe weiterer Anzeigen. Schäfer hatte sich einer Vernehmung mehrfach entzogen und es wurde auch öffentlich intensiv über seinen Aufenthaltsort spekuliert. Zum Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses war der damalige Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig zu einem offiziellen Besuch in Chile. Auf Nachfragen chilenischer Medien drückte er sein Vertrauen in die chilenische Justiz aus, »den Fall Schäfer« zu »lösen«.²⁵² Der langjährigen Linie des AA folgend fügte er an, die Bundesrepublik sei bereit, Chile dabei zu unterstützen. Für ein Gerichtsverfahren gegen Schäfer in der Bundesrepublik läge das nötige Beweismaterial jedoch bis zum damaligen Zeitpunkt nicht vor. Auf die Frage, ob Deutschland eine Auslieferung Schäfers beantragen werde, antwortete Schmidt-Jortzig, es gäbe gegenwärtig keinen Anlass, in das chilenische Verfahren einzugreifen.²⁵³ Zwei Wochen später, am 14. Mai 1997, legten fünf Rechtsanwälte Schäfers ihr Mandat nieder, da dieser sich weigerte, sich der Justiz zu stellen.²⁵⁴ Kurz darauf verlas Hartmut Hopp gegenüber der Presse einen Brief Schäfers. Darin kündigte dieser an, sich nicht stellen zu wollen, da die Justiz ihm »keine Garantien« gebe und er um sein Leben fürchte.²⁵⁵ Er sei einer Kampagne und dem »Psychoterror« von Medien, Kriminalpolizei und Anzeigenden ausgesetzt.²⁵⁶ Als Reaktion rief Chiles Präsident Eduardo Frei Schäfer persönlich auf, sich der Justiz zu stellen, die Verfassung biete ihm alle Garantien für ein rechtsstaatliches Verfahren.²⁵⁷

Auch als der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beendete, war das mediale Interesse für die CD immens. Im Juni 1997 war die chilenische Polizei bei der Suche nach Schäfer mit einem Großaufgebot in die Siedlung eingedrungen. Am 15. Juli gelang Tobias Müller und Salo Luna die Flucht aus der CD. Beide reisten mit Unterstützung der Botschaft nach Deutschland aus. Am 12. August, dem Tag bevor der Ausschuss seinen Bericht vorstellte, wurde Hartmut Hopp nach einer Verfolgungsjagd festgenommen.²⁵⁸ Hopp hatte zuvor mehrmals Vorladungen der Justiz ignoriert und war stattdessen am 31. Juli nach Argentinien ausgewichen, um seinen Adoptivsohn Michael, seine Ehefrau Dorothea sowie Friedhelm Zeitner und Schäfers Adoptivtochter Rebeca außer Landes zu bringen. Nach Hopps Festnahme ordnete Richter Jorge Norambuena ihm an, dessen Adoptivsohn nach Chile zurückzubringen, was jedoch nicht geschah.

Am 14. August berichtete Mónica Madariaga, die während der Diktatur Justizministerin in Chile war, in den Medien ausführlich über ihre eigenen, aber auch über die

251 Juzgado del Crimen de Parral, AZ 53.015.

252 Las Últimas Noticias vom 30.04.1997, S. 12. »La Justicia de Chile resolverá el caso Schäfer«.

253 El Mercurio vom 30.04.1997, S. C9. »Ministro de Justicia Alemán: Elogian a la Justicia por Caso Dignidad«.

254 La Segunda vom 14.05.1997, S. 2. »Líder de Colonia Dignidad, Schaefer, se quedó sin abogados«.

255 Las Últimas Noticias vom 16.06.1997, S. 3. »Schäfer resistirá«.

256 La Segunda vom 15.05.1997, S. 1. »Jefe de la Colonia alega »sicoterror««.

257 El Mercurio vom 17.05.1997, S. 15C. »Frei insta a Schäfer a que se entregue«.

258 Vgl. u.a. La Nación vom 13.08.1997, S. 1. »Hopp en prisión« sowie La Segunda vom 12.08.1997, S. 1. »Detenido el Dr. Hopp«.

Verbindungen führender Mitglieder der UDI zur CD.²⁵⁹ Dies war das erste Mal, das eine (ehemals) hochrangige Politikerin die Kontakte des rechten politischen Lagers zur CD öffentlich thematisierte. So berichtete sie, die UDI habe die CD als Trainingszentrum genutzt. Parteigründer Jaime Guzmán habe dort Schulungen abgehalten, auch Senator Hernán Larraín sei eng mit einigen Colonos befreundet gewesen. Hartmut Hopp habe sie (Madariaga) und ihre Mutter in der CD medizinisch behandelt. Sie habe auch mehrere Male mit Schäfer, Hopp und anderen Colonos zu Abend gegessen. Nach ihrem Abtritt als Ministerin habe die CD jedoch den Kontakt zu ihr abgebrochen.

Arbeit und Ergebnisse des Untersuchungsausschusses

Der von José Antonio Viera Gallo (PS) geleitete Untersuchungsausschuss traf sich insgesamt neun Mal, davon ein Mal gemeinsam mit dem Untersuchungsausschuss des Familienausschusses. Er überprüfte sämtliche Empfehlungen des Untersuchungsausschusses von 1995 und erörterte deren Umsetzung. Neben Minister_innen und Staatssekretär_innen sowie Vertreter_innen von CDE und Polizei hörte der Ausschuss auch die im Juli 1997 aus der CD geflüchteten Tobias Müller und Salo Luna, den Ex-Colono Heinz Kuhn sowie Pastor Adrián Bravo aus Parral an. Die ebenfalls vorgeladenen Hartmut Hopp und Fernando Saenger (Anwalt der CD) ließen sich entschuldigen. Eine »Gemeinschaft der Familien von Dignidad« protestierte in einem Schreiben an den Ausschuss gegen die vermeintlichen »Lügen und Falschbeschuldigungen« des Innenstaatssekretärs Belisario Velasco. Der Ausschuss forderte diverse Behörden auf, schriftlich zu berichten.

Der Untersuchungsausschuss von 1995 hatte dem CDE vorgeschlagen, Untersuchungen, an denen er selbst beteiligt war, zu beschleunigen sowie sich an weiteren Verfahren zu beteiligen. Außerdem sollte die Rechtmäßigkeit der Vermögensübertragungen von der SBED auf die ABC-Aktiengesellschaften überprüft werden, auch auf möglichen Steuerbetrug hin. Der CDE gab bei der Anhörung durch den Ausschuss an, an diversen Strafverfahren sowie an einer Reihe von Verfahren wegen Wirtschaftsdelikten beteiligt zu sein. Diese Verfahren würden mit Nachdruck vorangetrieben, dazu habe der CDE mit Daniel Martorell eigens einen Anwalt abgestellt.

Martorell schilderte dem Ausschuss vor allem seine Eindrücke aus einem noch laufenden Verfahren wegen des Vorwurfs der betrügerischen Übertragung des SBED-Vermögens auf die ABC-Aktienholding.²⁶⁰ Dabei werde gegen 73 Colonos ermittelt, das Verfahren laufe sehr langsam. Zeitweise seien sogar die Verfahrensakten beim Gericht »verloren« gegangen und erst nach einer Beschwerde wieder aufgefunden worden. Auch seien Ermittlungsanregungen des CDE nicht umgesetzt worden. Ein umfassendes Sachverständigengutachten habe die Vorwürfe der betrügerischen Übertragung gestützt.²⁶¹

259 Vgl. La Tercera vom 14.08.1997, S. 3. »Mónica Madariaga afirma que dirigentes UDI fueron adoctrinados en Villa Baviera« sowie Las Últimas Noticias vom 14.08.1997, S. 5. »Madariaga y su paso por Dignidad«.

260 14. Juzgado del Crimende Santiago, AZ 136.414.

261 Cámara de Diputados, Informe de la Comisión Investigadora encargada de velar por el cumplimiento de las recomendaciones aprobadas por la H. Cámara de Diputados, en relación con la ex

Das Bildungsministerium berichtete, es gäbe nur sieben Colonos im schulpflichtigen Alter,²⁶² diese würden von ihren Eltern unterrichtet. Eine Inspektion habe ergeben, dass entgegen anderslautender Informationen in der CD keine funktionierende Schule existierte. Bisher habe es keine Anträge auf staatliche Anerkennung von Schulzeugnissen aus der CD gegeben. Die nach Auflösung der SBED nun von der Organización Comunitaria de Desarrollo Social Perquilauquén getragene und staatlich subventionierte Schule außerhalb des CD-Geländes werde nicht von Colonos besucht. Trotz der herrschenden Schulpflicht habe das Bildungsministerium aufgrund der Bildungsgesetzgebung wenig rechtliche Handhabe, die Schulpflicht durchzusetzen.²⁶³ Bei der Volkszählung 1992 war die Datenerhebung in der CD nicht von offizieller Seite, sondern von Colonos selbst durchgeführt worden. Daher bat der Ausschuss nun das Instituto Nacional de Estadísticas (Nationales Institut für Statistiken, INE), in der CD eine neue Erhebung durchzuführen. Das INE weigerte sich jedoch mit der Begründung, dass Volkszählungen per Regierungsdekret nur alle zehn Jahre vorgesehen seien.²⁶⁴ Das Servicio de Registro Civil e Identificación (Zivilregister) berichtete dem Ausschuss, dass 65 Colonos in der CD geboren wurden. In 17 Fällen sei die Geburt erst bis zu zehn Jahre später eingetragen worden, und zwar mangels Geburtsurkunden durch sogenannte »Geburtszeugen«. Das sei zwar rechtlich möglich, in dieser Häufung jedoch ungewöhnlich. Vermutlich handle es sich also um (betrügerisch) adoptierte chilenische Kinder. Bei den nachvollziehbaren Adoptionsvorgängen falle auf, dass die Verfahren oftmals nur zwei Monate gedauert hätten, im Gegensatz zu den sonst üblichen mindestens sechs Monaten.²⁶⁵

Bereits der erste Untersuchungsausschuss hatte festgestellt, dass trotz der Auflösung der SBED in der Siedlung weiterhin »eine soziale Realität vorherrsche, die von den grundlegenden Prinzipien unseres Rechtssystems abweicht«.²⁶⁶ Vom zweiten Ausschuss befragt, sah der Innenminister dann kaum Veränderungen. So widerspräche das Familienleben in der CD Grundsätzen der chilenischen Verfassung. Eheschließungen könnten nur nach Erlaubnis von CD-Führungsmitgliedern stattfinden und Kinder wüchsen getrennt von ihren Eltern auf. Soziale Beziehungen unter Colonos würden unterbunden, Beziehungen zu externen Personen seien praktisch inexistent. Es gäbe keinen freien Zugang zu Medien und Briefkontakte mit der Außenwelt unterlägen der Zensur. Selbst innerhalb der Siedlung herrsche keine Bewegungsfreiheit. Bewaffnete Sicherheitstrupps überwachten jegliche Bewegung. Auch die Schulpflicht werde umgangen. Kinder würden gezwungen, von klein auf zu arbeiten. Die einzige positive Änderung nach der Auflösung der SBED sei, dass die ABC-Gesellschaften schließlich

Colonia Dignidad vom 13.08.1997, online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/02.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018), S. 7ff.

262 In Chile besteht Schulpflicht für die Klassen 1 bis 8.

263 Cámara de Diputados, Informe de la Comisión Investigadora encargada de velar por el cumplimiento de las recomendaciones aprobadas por la H. Cámara de Diputados, en relación con la ex Colonia Dignidad vom 13.08.1997, online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/02.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018), S. 14.

264 Ebd., S. 16.

265 Ebd., S. 17.

266 Ebd., S. 18.

Arbeitsverträge mit den Colonos abgeschlossen hätten, die der Kontrolle des Arbeitsministeriums unterlägen.²⁶⁷

Der Ausschuss hatte vier Rechtsprofessor_innen um ihre Einschätzung gebeten, welche Möglichkeiten bestünden, um dem Zwangssystem in der CD auf dem Rechts- oder Verwaltungsweg ein Ende zu setzen. Die Jurist_innen stimmten darin überein, dass dies durch eine Ausweisung der deutschen CD-Führungsmitglieder geschehen könne bzw. durch eine Entziehung ihrer Aufenthaltserlaubnis.²⁶⁸

Genau dies empfahl der Ausschuss der Regierung dann auch. Der Corte Suprema empfahl er, neben Hernán González noch einen zweiten Richter als Ministro en Visita zu bestellen. Dieser solle gebündelt alle Vorwürfe untersuchen, wegen derer González noch nicht ermittelt hatte, etwa wegen Zollbetrugs, Steuerhinterziehung und betrügerischer Vermögensübertragung. Außerdem sollten dem Familienausschuss der Cámara de Diputados sämtliche verfügbaren Unterlagen zu sexuellem Missbrauch sowie zu Verletzungen von Familien- und Kinderrechten zugeleitet werden. Weiterhin empfahl der Ausschuss der Regierung, das Ley Orgánica Constitucional de Enseñanza (Bildungsgesetzgebung) so zu verändern, dass die Grundschulpflicht effektiv kontrolliert werden könne. Das Verteidigungsministerium wurde ersucht, regelmäßig den Bestand an Schusswaffen in der CD zu kontrollieren.²⁶⁹

Die Untersuchungen des Familienausschusses 1997

Der Familienausschuss, der die Situation der Kinder- und Familienrechte in der CD untersuchen sollte, tagte zwölf Mal und stellte seinen Abschlussbericht am 15. Oktober 1997 vor.²⁷⁰ Auch dieser Ausschuss richtete Anfragen an unterschiedliche Behörden und hörte eine Reihe Zeug_innen an, darunter Mitglieder der PDI und der Carabineros, Vertreter_innen der Kinder- und Jugendbehörde SENAME, Opferanwalt Hernán Fernández, verschiedene Expert_innen für Sekten, Pastor Adrián Bravo, die aus der CD Geflüchteten Tobias Müller und Salo Luna sowie den Ex-Colono Heinz Kuhn.

Zur Schulbildung in der CD stellte der Ausschuss fest, die von der Organización Comunitaria de Desarrollo Social Perquilauquén getragene und staatlich subventionierte Schule außerhalb der Siedlung habe die chilenischen Bildungsgesetze weitgehend eingehalten. Die »Deutsche Schule Villa Baviera«, die interne Schule der CD, sei hingegen keine Schule im eigentlichen Sinne, sondern sei ein informelles System ohne klare Zeit- und Lehrpläne: »sistema tutorial, informal, con curriculum flexible, sin un horario estructurado y sin una distribución del tiempo organizada sistemáticamente«.²⁷¹ Die chilenischen Gesetze böten keine ausreichende Handhabe, um die Schulpflicht effektiv durchzusetzen. Schon in sich widersprüchliche Informationen über diese Schule,

267 Ebd., S. 21.

268 Ebd., S. 26.

269 Ebd., S. 27f.

270 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 336ª, Sesión 10ª vom 21.10.1997, Informe de la Comisión de Familia recaído en el Proyecto de Acuerdo que le encomienda investigar situaciones de posibles violaciones a los derechos de los niños y niñas en la ex Colonia Dignidad, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/o3.pdf>, (zuletzt abgerufen am 12.02.2018).

271 Ebd., S. 12.

die angeblich sieben Kinder besuchten, habe es ausschließlich von der CD-Führung gegeben. Eine Inspektion durch den Leiter der Bildungsbehörde der Provinz Linares habe keine Anzeichen für einen Internatsbetrieb ergeben. Allerdings habe die Kriminalpolizei in der CD eine Liste von Schüler_innen des sogenannten »Intensivinternats« der CD gefunden. Darunter haben sich auch die Namen von fünf Minderjährigen befunden, deren Erziehungsberechtigte in den vorangegangenen Monaten Strafanzeigen wegen sexuellen Missbrauchs eingereicht hatten, und die nun nicht mehr in der CD lebten.²⁷² Die Leiterin des Zivilregisters (s.o.) berichtete von zwölf Adoptionsvorgängen, die sämtlich vom Juzgado de Letras in Parral abgewickelt worden waren, und zwar oftmals im Sammelverfahren und mit deutlich kürzerer Bearbeitungszeit als üblich. Daneben seien zwei Namensänderungen von Volljährigen festgestellt worden.²⁷³

Gestützt auf die Zeug_innenaussagen stellte der Ausschuss fest, dass Kinder in der CD von klein auf von ihren Eltern getrennt und nach Geschlecht segregiert wurden. Sie seien in Gruppen eingeteilt, von anderen Colonos überwacht und in Anwesenheit von Paul Schäfer geduscht worden, den sie als »Sprinter« Tag und Nacht begleiten mussten. Sie hätten keinerlei Kontakte zur Außenwelt und seien von Schäfer indoktriniert worden: »no conocen otra realidad que les permita valorar el régimen de vida al que se encuentran sometidos. Además, son concientizados por Paul Schäfer – desde que nacen acerca de las bondades de su entorno inmediato y de la maldad reinante en el exterior.«²⁷⁴ Die Kinder hätten keinen freien Zugang zu Informationen über die Außenwelt, selbst externe Briefkontakte würden überwacht. Angesichts all dieser Tatsachen sei es verwunderlich, dass die Mehrzahl der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in der CD angäben, mit dieser Lebenssituation zufrieden zu sein.

Der Ausschuss ließ sich von einer Reihe Expert_innen aus den Bereichen Soziologie, Kinderpsychologie und Kriminologie den Sektencharakter der CD erläutern. Die hermetische Struktur der Gruppe, so die Fachleute, erlaube eine enorme Beeinflussung, eine bedingungslose Akzeptanz der Führungsfigur Paul Schäfer sowie eine Ausschaltung von Kritik oder Zweifeln. Die so abgeschottet lebenden Kinder hätten keine Möglichkeit, ihre eigene Lebensrealität mit der in der Außenwelt zu vergleichen. Schon deshalb werde der sexuelle Missbrauch von den Mitgliedern der Gruppierung häufig nicht als Unrecht empfunden. Unter den Colonos herrsche die Wahrnehmung vor, Schäfer würde nicht wegen seiner Verbrechen an Kindern verfolgt, sondern durch eine an sich böse Außenwelt. Wichtig sei daher der Versuch, so der Experte Humberto Lagos, diesen »absoluten ideologischen Zaun« durch eine schrittweise Annäherung und Kommunikation mit den Colonos während der Razzien der Kriminalpolizei zu durchbrechen.²⁷⁵

272 Ebd., S. 18.

273 Es handelt sich um die Namensänderung von Francisco del Carmen Morales Norambuena, der den Namen Franz Baar Kohler erhielt und die Namensänderung von Juan Patricio Chávez Catalán zu Johannes Neufeld Drescher. Vgl. Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 336ª, Sesión 10ª vom 21.10.1997, Informe de la Comisión de Familia recaído en el Proyecto de Acuerdo que le encomienda investigar situaciones de posibles violaciones a los derechos de los niños y niñas en la ex Colonia Dignidad, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/O3.pdf>, S. 30 (zuletzt abgerufen am 12.02.2018).

274 Ebd., S. 32.

275 Ebd., S. 39.

Auch der kurz zuvor aus der CD geflüchtete Tobias Müller sprach sich für eine solche langsame Annäherung aus. Die Schlussfolgerungen im Abschlussbericht betonten die Bedeutung der Kenntnis von Natur und Funktionsweisen der Ex CD:

»Lo más relevante del trabajo de esta Comisión fue avanzar en la comprensión de la verdadera naturaleza del fenómeno social, psicosocial y cultural que se anida en la ex Colonia Dignidad, constituida por una secta semireligiosa y militarista que se caracteriza, antes que nada, por su subordinación fanática y total a un líder carismático y pederasta.«²⁷⁶

Der Ausschuss stellte fest, die Schulpflicht werde bereits seit 30 Jahren nicht garantiert. Dies sei besonders verwerflich angesichts der Tatsache, dass Chile 1990 der Internationalen Konvention über Kinderrechte beigetreten sei. Die CD stelle Schulzeugnisse aus, die rechtlich keinerlei Gültigkeit hätten, aber betrügerischerweise den Namen des Bildungsministeriums führten. Dies sei strafbar und müsste sanktioniert werden. Der Ausschuss stellte auch fest, dass die Lebensumstände in der CD das Recht der Kinder auf körperliche und seelische Unversehrtheit verletzten. Ausdruck dessen seien auch die zahlreichen Strafanzeigen und Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Missbrauchs. Es sei aber die Pflicht des Staates, die Kinder entsprechend zu schützen, sowohl nach der chilenischen Verfassung als auch nach der Internationalen Konvention über Kinderrechte.²⁷⁷ Auch zahlreiche Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei Adoptionsverfahren stellte der Ausschuss fest. Mindestens eines dieser gerichtlichen Verfahren habe mutmaßlich zu einer betrügerischen Adoption geführt. Beim Zivilregister seien nur zwölf Adoptionsverfahren aktenkundig, während die tatsächliche Anzahl der adoptierten Kinder vermutlich viel höher gewesen sei. Auch diese Verstöße müssten näher untersucht werden.²⁷⁸

Der Familienausschuss fasste zusammen, dass sich an den Lebensbedingungen in der CD seit Auflösung der SBED nichts geändert habe; diese seien nach wie vor »objektiv schädlich« für alle Colonos, insbesondere aber für die dort lebenden Kinder. Dies gelte insbesondere für den sexuellen Missbrauch Schäfers an Jungen, doch auch der »Schleier des Schweigens« auf der Situation der Mädchen und Frauen in der CD sei »besorgniserregend und verdächtig«.²⁷⁹ Der Staat und Gesellschaft in Chile seien dazu verpflichtet, die Zustände in der CD zu überwinden sowie die Opfer zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Der Ausschuss hielt auch vielfache Belege für die Existenz von Unterstützungsnetzwerken der CD fest – sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf behördlicher Ebene. Diese seien für die straflose Weiterexistenz der CD nach der SBED-Auflösung verantwortlich:

»Creemos que ello explica, en importante medida, el prolongado período en que esta secta ha podido subsistir en el territorio nacional sin que se haya impedido o limitado su accionar, ni se le hayan aplicado las sanciones jurídicas correspondientes, sino hasta

²⁷⁶ Ebd., S. 46.

²⁷⁷ Ebd., S. 48.

²⁷⁸ Ebd., S. 49f.

²⁷⁹ Ebd., S. 52.

el decreto de disolución dictado recién en 1991, y que, incluso, a pesar de éste, haya podido seguir actuando con posterioridad a dicha época.»²⁸⁰

Dies zeige, so die Kommission, dass der chilenische Staat nicht über angemessene und wirksame Werkzeuge verfüge, um Vorgänge wie in der CD zu verhindern und Bürger_innen, insbesondere Kinder, angemessen zu schützen.

In seinen Empfehlungen²⁸¹ hielt der Ausschuss es für unbedingt nötig, die körperlichen und geistigen Misshandlungen der Kinder in der CD zu verhindern. Hierfür bedürfe es einer umfassenden und koordinierten Strategie des Staates, die zu einer faktischen (nicht nur formalen) Auflösung der CD führen müsse, allein mit juristischen Maßnahmen sei dieser nicht beizukommen. Eine multidisziplinäre therapeutische Interventionsstrategie solle polizeiliche und juristische Maßnahmen begleiten und insbesondere Kindern besonderen Schutz zukommen lassen. Die Kommission des Familienausschusses schloss sich auch der Forderung des Untersuchungsausschusses nach Ausweisung der Führungsmitglieder der CD an.

Dem Bildungsministerium empfahl die Kommission, die Einhaltung der Schulpflicht notfalls mithilfe von Gerichten durchzusetzen. Der Organización Comunitaria de Desarrollo Social Perquilauquén solle die Trägerschaft für die externe Schule entzogen werden. Das Justizministerium solle die betrügerischen Adoptionsverfahren untersuchen. Um das Unterstützungsnetzwerk der CD zu bekämpfen, solle das Innenministerium jegliche Hinweise auf entsprechende Tendenzen bei staatlichen Behörden oder Bediensteten nachgehen. Schließlich solle die Gesetzgebung dahingehend überarbeitet werden, dass derartige Gruppierungen wie die CD in Chile zukünftig nicht mehr entstehen könnten.

Insgesamt fand der Bericht an Deutlichkeit kaum zu überbietende Worte für die unhaltbaren menschenrechtswidrigen Zustände in der CD, die der chilenische Staat jahrzehntelang geduldet hatte, worüber zu diesem Zeitpunkt auch in der chilenischen Öffentlichkeit allgemeine Bestürzung vorherrschte. Gleichzeitig klang der Bericht an vielen Stellen geradezu hilflos, wie eine Art Kapitulationserklärung gegenüber einer kriminellen Gruppierung, die den Staat unterwandere und sich nicht an dessen Gesetzgebung halte.

5.2.6 Untersuchung der Ausschüsse für Menschenrechte und Familie 1999

Am 19. Mai 1998 beauftragte die Cámara de Diputados ihre Ausschüsse für Menschenrechte und Familie, gemeinsam zu untersuchen, inwiefern staatliche Behörden zum Fortgang der juristischen Untersuchungen im Fall CD beigetragen haben.²⁸² Grundlage für diesen Beschluss war die Feststellung, die CD existiere auch sieben Jahre nach der Auflösung der SBED faktisch weiter. Besorgniserregend sei, dass Paul Schäfer noch immer nicht gefasst sei. Richter Hernán González habe zwar große Anstrengungen

280 Ebd., S. 54.

281 Ebd., S. 53ff.

282 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 337ª, Sesión 23ª vom 19.05.1998. S. 29ff. Proyecto de Acuerdo »Fiscalización de actuaciones de organismos públicos respecto de ex Colonia Dignidad«. Beschlossen mit 38 Ja und fünf Nein Stimmen bei zwei Enthaltungen.

unternommen, werde jedoch nicht von allen staatlichen Behörden ausreichend unterstützt. So hätten beispielsweise die Carabineros ihm die für eine Überwachung des CD-Geländes notwendigen Polizeikräfte erst mit vier Monaten Verspätung zur Verfügung gestellt.

Hintergrund und Kontext

Seit November 1996 war die chilenische Polizei über ein Dutzend Mal mit richterlichem Durchsuchungsbefehl in die CD eingedrungen, um den Haftbefehl gegen Schäfer zu vollstrecken oder Beweise über die Existenz eines Haft- und Folterzentrums während der Militärdiktatur zu sichern. Die meist von Carabineros und PDI gemeinsam durchgeführten Maßnahmen waren jedoch wenig erfolgreich. Schäfers Aufenthaltsort war nach wie vor unklar, was Ermittler_innen und Polizei unter Druck setzte. Die CD nutzte regelmäßig eine Fülle juristischer Mittel gegen vermeintliche Rechtsverstöße im Zuge der Ermittlungen und Razzien. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die Unfähigkeit, Schäfer festzunehmen mit der Existenz der Schutznetzwerke der CD erklärt. In diesem Zusammenhang kritisierten Opfervertreter_innen und Abgeordnete der Regierungsparteien insbesondere die Rolle der Carabineros. Sie verwiesen auf die hinderliche »historische Beziehung«²⁸³ zwischen Carabineros und CD.

Unterstützer_innen der CD hoben auch immer wieder die angeblich wichtige soziale Arbeit der CD hervor, insbesondere die Schule und das Krankenhaus. Letzteres war aufgrund staatlicher Eingriffe mehrfach geschlossen und nach juristischer Gegenwehr der CD jeweils wiedereröffnet worden.

Ende November 1997 ordnete Richter Hernán González eine Großrazzia der Carabineros in der CD an, um Schäfers Versteck dort zu finden. General Jaime Rieutord, Polizeibefehlshaber der Region Maule, weigerte sich die richterliche Anordnung umzusetzen und antwortete González erst einen Monat später, die Razzia sei aus »operativen Erwägungen nicht angebracht«.²⁸⁴ Obwohl eine solche Weigerung ein nie dagewesener Affront gegenüber der Justiz war, nahm González die Antwort hin. Im März 1998 ordnete er erneut eine Durchsuchung der CD an, die auch umgesetzt wurde. Am 24. März 1998 begaben sich Dutzende Polizeikräfte in die CD und blieben 40 Tage vor Ort.

Gleichzeitig nutzten die Unterstützer_innen der CD, vor allem in Reihen der rechten Oppositionsparteien, die Situation immer wieder, um eine vermeintlich fehlende Verhältnismäßigkeit der staatlichen Maßnahmen anzuprangern oder die Legitimität der Ermittlungen insgesamt anzuzweifeln. Hernán Larraín (UDI), damals Senator für die Region Maule und heutiger Justiz- und Menschenrechtsminister (Stand Mai 2021), versuchte beispielsweise nach einer Razzia 1998 öffentlich, die Durchsuchungen in der CD zu delegitimieren:

283 Jaime Naranjo, Abgeordneter der PS für die Region Maule, in: La Nación vom 27.01.1999, S. 9. »Acusan a Carabineros«.

284 Cámara de Diputados, Diarios de Sesiones, Legislatura 340ª, Sesión 27ª vom 10.08.1999. Informe de las Comisiones Unidas de Derechos Humanos, Nacionalidad y Ciudadanía, y de Familia, encargadas de estudiar y fiscalizar cómo los distintos órganos públicos competentes han colaborado para el éxito de las investigaciones judiciales relativas a la ex Colonia Dignidad, auch online unter <http://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/o4.pdf>, (zuletzt abgerufen am 12.02.2018), S. 20.

»Con centenares de efectivos de investigaciones, con decenas de automóviles, con metrallas, con violencia innecesaria, eso obviamente forma parte de un montaje, de una campaña. No se hace. El país tiene problemas de seguridad gigantescos en otras partes [...]. ¿Alguien me quiere decir que es porque hay la denuncia de un menor sobre abuso en contra de una persona determinada?«²⁸⁵

Im März 1999 stellte der CDE eine Strafanzeige gegen CD-Führungspersonen und ehemalige DINA-Agent_innen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.²⁸⁶ Dies sollte sich als später, aber wichtiger Schritt der Regierung erweisen, um verschiedenen Strafverfahren im Fall CD einen Rahmen zu geben.

Arbeit und Ergebnisse der gemeinsamen Ausschüsse

Menschenrechts- und Familienausschuss des Parlaments bildeten mit all ihren Mitgliedern am 19. Mai 1998 die sogenannten Comisiones Unidas (gemeinsamen Ausschüsse). Diese trafen sich zu 14 Sitzungen, richteten Anfragen an Behörden und hörten diverse Zeug_innen an. Vertreter_innen der Ausschüsse wurden auch vom Innenminister, vom Präsidenten der Corte Suprema, von der Präsidentin des CDE sowie von den ermittelnden Richtern Hernán González und Juan Guzmán empfangen. Andere, wie der Verteidigungsminister sowie einige Polizeigeneräle erschienen trotz Ladung nicht vor dem Ausschuss. Dem Verteidigungsminister unterstanden damals sowohl die Carabineros als auch die PDI. Abgeordnete der damaligen Regierungsfractionen sprachen gegenüber den Medien in diesem Zusammenhang von einem »red de protección« (Schutznetzwerk) der CD-Führung, das für dessen Straflosigkeit verantwortlich sei.²⁸⁷

Im Folgenden möchte ich auf einige Aspekte der Anhörungen der Vertreter des CDE (Pedro Pierry und Daniel Martorell), der PDI (Nelson Mery und Luis Henríquez) sowie des Innenministeriums (Belisario Velasco) eingehen. Deren Aussagen sind außergewöhnlich deutlich, was die von der Justiz kritisierten Missstände im behördlichen Umgang mit dem Fall CD angeht.

Pedro Pierry, Vizepräsident des CDE, nannte zahlreiche straf- und zivilrechtliche Verfahren zur CD, an denen der CDE zum damaligen Zeitpunkt beteiligt war und stellte fest, dass zum ersten Mal in der Geschichte Chiles ein zur Fahndung ausgeschriebener Straftäter mit bekanntem Aufenthaltsort²⁸⁸ nicht inhaftiert werde. Seiner Meinung nach sollte die Regierung die CD-Führungspersonen aus Chile ausweisen. Zudem sollte die Justiz eine umfangreiche Durchsuchung der CD anordnen, für die der Staat alle notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müsse. Daniel Martorell, der für die CD-Verfahren abgestellte Rechtsanwalt des CDE, erläuterte seine Tätigkeit. Die CD schöpfe

285 El Desconcierto. »Es un montaje«: El día en que Hernán Larraín defendió a Paul Schäfer tras operativo policial«, 06.06.2018, online unter <https://www.eldesconcierto.cl/2018/06/06/video-es-un-montaje-el-dia-en-que-hernan-larain-defendio-a-paul-schafer-tras-operativo-policial/>.

286 CA Santiago, AZ 2182-98 (»Asociación Ilícita«), Bd. I (Parral), Bl. 3-37. Strafanzeige des CDE vom 11.03.1999.

287 Vgl. Las Ultimas Noticias vom 19.01.1999, S. 13. »A Roberto Dávila – Pidieron agilizar proceso contra Paul Schaefer«.

288 Die Fahnder_innen gingen zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass sich Schäfer weiterhin in der CD aufhielt.

in der Regel sämtliche verfügbaren Rechtsmittel aus. Gegen jede einzelne richterliche Anordnung werde Beschwerde eingelegt, er selbst habe bereits 25 bis 30 solcher Beschwerden und Schutzanträge bearbeiten müssen. Zwar könne sich die CD mit diesen Rechtsmitteln nur selten durchsetzen, verfolge aber, so Martorell, wohl eher die Strategie, die juristischen Verfahren zu bremsen und in die Länge zu ziehen.²⁸⁹ Dass Schäfer noch immer auf freiem Fuß sei, habe nicht nur einen, sondern vielfältige Gründe, fuhr Martorell fort. Dazu gehöre, dass die chilenische Gesetzgebung keine ausreichenden Instrumente habe, um einer hoch ausgerüsteten Organisation wie der CD das Handwerk zu legen. Die CD agiere mit Überwachungsanlagen, Tunnels und gepanzerten Türen und sei darauf ausgerichtet, ihre Aktivitäten zu verstecken, erläuterte Martorell, »nuestro país, que es subdesarrollado o en vías de desarrollo se está enfrentando a una organización desarrollada, donde existe un sujeto con características muy especiales, que ha destinado toda su vida a esconderse.«²⁹⁰ Dagegen verfüge die chilenische Kriminalpolizei nicht einmal über einen Hubschrauber, insgesamt seien die den Ermittler_innen zur Verfügung stehenden technischen Ressourcen »lächerlich«.²⁹¹ Erschwerend käme die soziale Fassade der CD hinzu – etwa mit ihrem Krankenhaus, und noch immer zögen wichtige Persönlichkeiten der chilenischen Gesellschaft die Vorkommnisse in der CD in Zweifel. Das muss als deutliche Kritik des CDE-Anwaltes Martorell an den zahlreichen Unterstützer_innen der CD in der Justiz und in rechten Parteien verstanden werden. Martorell berichtete, er habe am Zustandekommen von 30 Interpol-Haftbefehlen gegen Schäfer mitgewirkt. Die Verfahren seien so umfangreich, da gleichzeitig gegen etwa 15 Personen aus der CD-Führung wegen Beihilfe oder Verschleierung ermittelt werde. Keinesfalls handle es sich um eine politisch motivierte Verfolgung der CD, wie deren Unterstützer_innen gerne behaupteten. Vielmehr ginge es um die Verfolgung schwerer Verbrechen, für deren Existenz sich in den Akten umfangreiche Beweise fänden.

Innenstaatssekretär Belisario Velasco berichtete von 75 Verfahren zur CD, die bei der Justiz zum damaligen Zeitpunkt anhängig waren. Die Regierung sei fest entschlossen, voranzukommen, werde jedoch immer wieder von »komplexen Situationen« behindert. So hätten sich beispielsweise 18 Senatoren rechter Parteien gegen die Auflösung der SBED ausgesprochen und Gegenmaßnahmen gefördert. Velasco beschrieb Abwehrstrategien, die die Verfahren verzögerten:

»[H]ubo numerosos recursos ante los tribunales, es decir se estuvo durante años con atrasos y dilaciones; también se rechazan recursos presentados en favor de niños adoptados y la Corte se ampara en la ley de adopción, en circunstancia que existe una ley de menores y la Convención Internacional sobre los derechos de los niños. Hay opiniones y acciones de sectores que han perjudicado las investigaciones. Hubo editoriales y artículos de prensa en que se dijo que era absurdo utilizar a 100 carabineros y que

289 Cámara de Diputados, Diarios de Sesiones, Legislatura 340ª, Sesión 27ª vom 10.08.1999. Informe de las Comisiones Unidas de Derechos Humanos, Nacionalidad y Ciudadanía, y de Familia, encargadas de estudiar y fiscalizar cómo los distintos órganos públicos competentes han colaborado para el éxito de las investigaciones judiciales relativas a la ex Colonia Dignidad, auch online unter <http://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/04.pdf>, (zuletzt abgerufen am 12.02.2018), S. 6ff.

290 Ebd., S. 8.

291 Ebd., S. 8.

se inviertieran cien millones de pesos, para buscar a un pobre anciano, que ha violado a unos pocos niños. Hay una defensa cerrada de sectores, que denomina ›fuerzas fácticas‹, que los protegen en distintos niveles [...] Comenta que ni Alemania lo pudo detener. Sólo hace dos meses que se está pidiendo por parte de ese país la extradición de Schaefer. Los problemas que hay son difíciles, pero se han ido solucionando.«²⁹²

Neben den Problemen auf politischer, juristischer und medialer Ebene, beschrieb Velasco auch offensichtliche Hinweise darauf, dass die CD auch aus Polizeikreisen lange Zeit umfangreich unterstützt wurde: »Ya que han estado en permanente contacto, hay relaciones fluidas, en que se crean amistades, lo que al final se convierte en una red de protección.«²⁹³ So sei SBED-Präsident Hermann Schmidt plötzlich angeblich verstorben, nachdem Anklage gegen ihn erhoben wurde. Auch Schäfer sei schon zwei Mal, 1967 und 1987, angeblich verstorben. Ganze Ermittlungsakten seien bei der Justiz angeblich verschwunden.²⁹⁴ Problematisch sei auch, dass die Befehlsgewalt über Carabineros und PDI beim Verteidigungsministerium liege. Allerdings werde das »Schutznetz« der CD immer dünner, je mehr Beweise gegen sie gefunden und bekannt würden. Velasco berichtete, sein Ministerium habe Kontakt zu den Regierungen Deutschlands und der USA aufgenommen, um technische Unterstützung beim Auffinden unterirdischer Anlagen auf dem CD-Gelände zu erhalten.

Auch Nelson Mery, Chef der PDI und Luis Henríquez, Leiter der PDI in der Region Maule, hörte die Kommission an. Nach Merys Einschätzung halte sich Schäfer auf dem Gelände der CD auf. Er, Mery, arbeite mit Interpol, dem BND und den Geheimdiensten einiger südamerikanischer Länder zusammen. Die Ermittlungen erstreckten sich über Chile hinaus nach Argentinien, Brasilien, Paraguay und Deutschland. Henríquez war überzeugt, dass man es mit einer kriminellen Organisation zu tun habe, für deren Bekämpfung der bestehende Rechtsrahmen nicht ausreiche. Die PDI werde kritisiert, weil sie nicht in der Lage sei, Schäfer festzunehmen. Jedoch werde ihre Arbeit seit 90 Tagen durch eine Aussetzungsanordnung (›orden de no innovar‹) der CA Talca blockiert. Dies nehme jedoch niemand wahr. Bei Durchsuchungen ordneten Richter häufig an, es dürften nur wenige Beamte eingesetzt werden. Zudem dürfe die PDI häufig erst am Tag nach dem Eindringen der uniformierten Polizei selbst die CD betreten.²⁹⁵ Manuel Ugarte, Generaldirektor der Carabineros und Jaime Rieutord, General der Carabineros für die Region Maule, wiesen die Vorwürfe gegen ihre Institution vor der Kommission zurück. Ihr gesamtes Vorgehen sei mit dem ermittelnden Richter Hernán González abgesprochen.

Rechtsanwalt Hernán Fernández, Rechtsbeistand zahlreicher Opfer der CD, erhob schwere Vorwürfe gegen Justiz und Carabineros und stellte einen direkten Zusammenhang zwischen dem behördlichen Versagen und der Schutzlosigkeit der Opfer her:

292 Ebd., S. 11f.

293 Ebd., S. 12.

294 Ebd., S. 12.

295 Ebd. S. 13f.

»[E]ste caso es un ejemplo dramático de incumplimiento de resoluciones judiciales, de ineffectividad de la ley, de falta de colaboración en la administración de justicia, que se traduce en la vulnerabilidad de las víctimas, es decir, en desprotección de niños.«²⁹⁶

Fernández führte aus, die Umgebung der Siedlung sei eine abgelegene, ländliche Gegend, in der die Opfer dem systematischen Agieren der CD schutzlos ausgeliefert seien. Viele Opfer kämen aus einfachen Familien, die den Unterstützungsstrukturen der CD, etwa den sogenannten Patientenkomitees des Siedlungskrankenhauses, naheständen. Die lokalen Carabineros stünden mit Führungsmitgliedern der CD im engen Kontakt. Es seien nicht Polizeikräfte, sondern Fahrzeuge und Motorräder der CD, die in der Gegend Tag und Nacht patrouillierten. Er selbst sei bereits mehrfach von CD-Fahrzeugen verfolgt worden. Taxifahrer hätten ihn aus Angst auf halber Strecke aufgefordert, auszustiegen. Auch Kinder, die den sexuellen Missbrauch in der CD zur Anzeige brächten, und deren Familien würden bedrängt, ihre Aussagen zu widerrufen und niemand sei in der Lage, sie zu beschützen.²⁹⁷ Die Carabineros, so Fernández, fertigten unvollständige Ermittlungsberichte für die Gerichte an und widersetzten sich richterlichen Anordnungen. Beamte_innen, die Ermittlungen gegen die CD blockierten, würden sogar noch befördert. Die PDI arbeite zwar effizienter, verfüge aber nicht über ausreichende personelle und materielle Mittel, zudem werde sie von der CD bedrängt. Im Zusammenwirken von Gerichten, Carabineros und PDI komme es immer wieder zu Widersprüchen. So würden beispielsweise Schutzanträge wegen vermeintlicher Formfehler abgelehnt oder CD-Anwälte erhielten verfrühte Akteneinsicht. González' Ermittlungen seien zum Scheitern verurteilt, da er sich allein auf die Suche nach Schädler konzentriere und nicht die kriminelle Organisation als Ganzes untersuche.

Die Kommission schloss sich dieser grundlegenden Kritik von Fernández in ihren Schlussfolgerungen an. Die beteiligten staatlichen Institutionen hätten den kriminellen Charakter der CD bisher nicht umfassend verstanden.²⁹⁸ Dies hätten die beiden vorangegangenen Untersuchungsausschüsse bereits festgestellt, weshalb es keine Rechtfertigung für dieses Versäumnis gäbe. Es sei auch nicht akzeptabel, dass die Justiz erst im März 1999 ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung aufgenommen hätte und dieses bislang noch keinerlei Konsequenzen gehabt habe. Die Kommission übernahm auch die Position, dass seit den 1960er Jahren in Staat, Politik und Medien ein »wahrnehmbares Schutznetzwerk« der CD bestehe, das die Aufklärung und Ahndung von Straftaten effektiv behindere. Ausgehend von diesen Prämissen bewertete die Kommission in ihrem Abschlussbericht die Rolle der einzelnen untersuchten Behörden. Dabei kritisierte sie in unüblicher Deutlichkeit die Carabineros und warf ihnen eine schwere Behinderung der Justiz vor:

»Carabineros de Chile no actuó con la debida diligencia y faltó a sus deberes [...] Esta conducta de Carabineros constituye la más clara expresión de falta de voluntad en el

296 Ebd., S. 18.

297 Ebd., S. 18.

298 Ebd., S. 27.

cumplimiento debido y cabal de sus funciones públicas en la materia y el más evidente y grave entorpecimiento que ha obstruido a la acción de la justicia, en este caso.»²⁹⁹

Die Kommission drückte darüber hinaus ihre Besorgnis über die Situation der chilenischen Missbrauchsoffer aus, die aus einfachen ländlichen Familien stammten. Sie seien ständigen Bedrohungen ausgesetzt und würden nicht angemessen von den Polizeikräften geschützt.

Die PDI habe hingegen nach Einschätzung der Kommission ihre Arbeit erfüllt und zu Ermittlungsfortschritten beigetragen, verfüge jedoch teilweise nicht über ausreichende technische Mittel (Hubschrauber, Georadar- und Satellitentechnologie).³⁰⁰ Dem CDE dankte die Kommission ausdrücklich für die Strafanzeige wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Allerdings hätte dies bereits viel früher geschehen müssen.

Im Anschluss an diese Schlussfolgerungen empfahl die Kommission eine permanente Beobachtung der Behörden durch den Menschenrechtsausschuss der Cámara de Diputados. Dieser solle dem Parlament halbjährlich über seine Erkenntnisse berichten. Außerdem solle der Verteidigungsminister sicherstellen, dass die Carabineros zukünftig den Anordnungen der Justiz komplett Folge leisteten. Der Bericht schloss – wie bereits der Bericht der Untersuchungskommission von 1997 – mit einem bestimmten, jedoch unkonkreten Aufruf, die Gesetzgebung anzupassen, um kriminellen Organisationen wie der CD besser beikommen zu können.

Am 21. Juli 1999 nahmen der Ausschuss für Menschenrechte und der für Familie den Abschlussbericht der Untersuchungskommission³⁰¹ einstimmig an.³⁰² Doch erst ein Jahr später, am 19. August 2000, stimmte die Cámara de Diputados darüber ab. Das Parlament nahm den Bericht mit 41 Ja-Stimmen, bei 18 Nein-Stimmen und einer Enthaltung an.³⁰³ Sämtliche Nein-Stimmen kamen von Abgeordneten der rechten Oppositionsparteien. Die Empfehlungen der Ausschüsse wurden jedoch nicht umgesetzt, vor allem nicht die weitere Beobachtung und Kontrolle verschiedener Behörden hinsichtlich ihrer Kooperation bei den Ermittlungen.

5.3 Juristische Aufarbeitung der Verbrechen in der Bundesrepublik

Die Mehrzahl der Verbrechen der Colonia Dignidad wurde auf chilenischem Staatsgebiet begangen. Dennoch kam es, wie in der Einleitung zu diesem Kapitel geschildert,

299 Ebd., S. 28.

300 Ebd., S. 28.

301 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 340ª, Sesión 27ª vom 10.08.1999, S. 124-169. Informe de las Comisiones Unidas de Derechos Humanos, Nacionalidad y Ciudadanía, y de Familia, encargadas de estudiar y fiscalizar cómo los distintos órganos públicos competentes han colaborado para el éxito de las investigaciones judiciales relativas a la ex Colonia Dignidad, auch online unter <https://www.camara.cl/camara/media/docs/colonia/04.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.02.2018).

302 Vgl. La Tercera vom 22.07.1999, S. 12. »Informe de Comisiones Unidas de Familia y Derechos Humanos de la Cámara de Diputados: »Carabineros frustró captura de Schäfer«.

303 Cámara de Diputados, Boletín de Sesiones, Legislatura 342ª, Sesión 18ª vom 19.07.2000, S. 20-34.